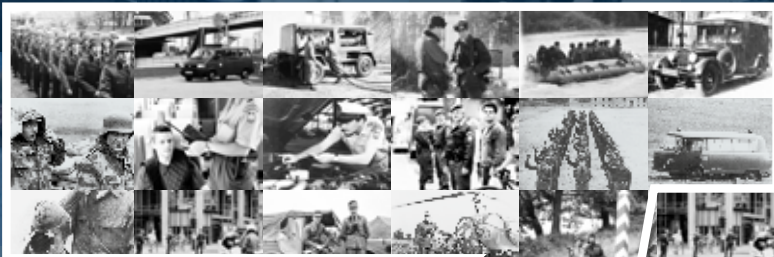


BUNDESPOLIZEI

01 | 2026

53. Jahrgang
ISSN 2190-6718

kompakt



Liebe Leserin, lieber Leser,



die Bundespolizei feiert 2026 ihr 75-jähriges Bestehen. Ein dreiviertel Jahrhundert, in dem sich vieles verändert hat. Unser Redakteur Stefan Guggemos hat die wesentlichen Ereignisse aus 75 Jahren in einem Zeitstrahl eingefangen. Doch die Geschichte endet nicht mit diesem Jubiläum, sie wird fortgeschrieben. Das Titelthema dieser Ausgabe blickt daher in die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Behörde.

Was können wir heute tun, um die Aufgabenwahrnehmung der Zukunft zu sichern? Wir müssen – unter anderem – aktiv in Technologie und Kompetenzerweiterung investieren. Neue Technik schafft neue Möglichkeiten – für uns, aber auch für das polizeiliche Gegenüber. Als Sicherheitsbehörde sollten wir daher im Einklang mit den rechtlichen Möglichkeiten immer einen Schritt voraus sein – sei es in der Cyberabwehr, der Drohnenabwehr oder in der Nutzung Künstlicher Intelligenz.

Die Zukunft der Bundespolizei liegt dabei vor allem in den Händen der Kolleginnen und Kollegen, die künftig ihren Dienst für die Behörde verrichten werden. Der Erfolg bei der Gewinnung von Nachwuchskräften sowie deren Ausbildung wird die Geschicke der Bundespolizei entscheidend mitbestimmen. Gerade das Werben um neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zeigt deutlich, wie schnell sich Zeiten ändern. Mit dem Slogan „Die vollmotorisierte Truppe“ aus den Anfängen des Bundesgrenzschutzes lässt sich wohl schon lange kein Personal mehr rekrutieren. Heute ist vielmehr ein digitalisierter Bewerbungsprozess entscheidend.

In der Gegenwart bleiben wir, wenn wir Ihnen zwei Kollegen aus der Bundespolizeiinspektion Offenburg vorstellen. Sven Langenberg beschreibt ab Seite 46, wie er die Kommunikation in seinem Job als Hausmeister bewerkstelligt, obwohl er im Alter von zwei Jahren das Hörvermögen verloren hat. Daneben begleitete kompakt den Dienstgruppenleiter Florian Schmidt während einer 12-Stunden-Schicht.

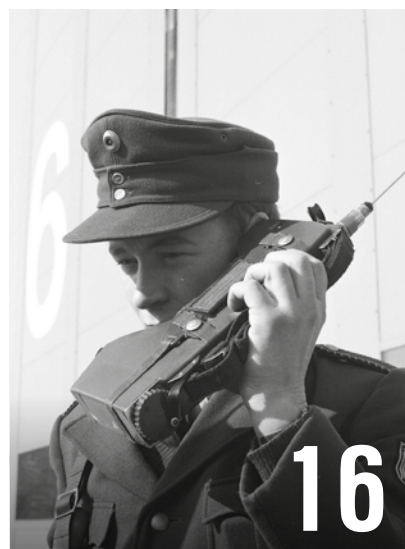
Wir hoffen, Sie sind gut in das Jubiläumsjahr der Bundespolizei gestartet und freuen uns, wenn Sie uns auch 2026 als Leserin und Leser treu bleiben.

Ihre Sophia Graf
Redaktion kompakt





10



16



26

Inhalt 01 | 2026

Titelthema

- | | |
|--|--|
| <p>6 75 Jahre Bundespolizei
Damals, heute und morgen</p> <p>8 Sind wir etwa zeitgemäß?
Künstliche Intelligenz in der Bundespolizei</p> <p>10 „Aufspüren, abwehren, abfangen“
Neue Technologien und Strategien</p> <p>14 Entwicklung der Nachwuchsgewinnung
75 Jahre Werbung</p> <p>16 „Denken, drücken, sprechen“
Vom Analogfunk über den Digitalfunk zum ...</p> <p>18 Vom Sandkasten zur digitalen Wissensvermittlung
Aus- und Fortbildung damals und heute</p> <p>21 Ausstattung damals und heute
Schaubild</p> <p>22 Der Faktor Mensch
Humane Sicherheitsforschung</p> <p>24 Ein Hackerangriff mit Folgen
Cyberabwehr für die Bundespolizei</p> | <p>26 Kontrollen im Wandel
Vom Grenzünger zum digitalen Ein- und Ausreisemanagement</p> <p>30 Papierberge ade
Elektronische Akte in Straf- und Bußgeldsachen</p> <p>32 Kolumne
Vom Stahlhelm zur Zukunft</p> <p>33 Karikatur</p> <p>34 Das 75. Jubiläum
Nicht nur ein Grund zum Feiern!</p> |
|--|--|

Einsatz

- 36 Bilderstrecke**
Hundekraftwagen



42



50

Wir

- 40 Abschied**
Gedenken an die verstorbenen Kolleginnen und Kollegen
- 42 Ausdauer, Disziplin, Zielstrebigkeit – der Zugspitz Ultratrail**
Unser Kollege
- 45 Gemeinsam stark**
Vater und Tochter sorgen für mehr Sicherheit am Bahnhof Neumünster
- 46 „Nicht wegrennen, sondern der Situation stellen“**
Wenn Kommunikation anders funktioniert

Hintergrund

- 48 Ein Tag ...**
... als Dienstgruppenleiter

Zu guter Letzt

- 50 Die vollmotorisierte Polizeitruppe**
Zeitreise in den Bundesgrenzschutz
- 51 Leserbrief**

Herausgeber
Bundespolizeipräsidium

Redaktion
Sophia Graf (V.i.S.d.P.), Uta Bluhm, Heike Bremer, Ronny von Bresinski, Marcus Büchner, Stefan Guggemos, Calvin Janovsky-Lauscher, Marvin Katzer, Sabrina Kehl, Benjamin Koenig, Tim Kotter, Maya Mailand, Yvonne Manger, Elena Müller, Ulrike Müller, Janine Seewald, Enrico Thomschke, Karina Wellmann, Carsten Ziebler

Anschrift
Heinrich-Mann-Allee 103
14473 Potsdam

Telefon/Fax
0331 97997-9420/-9409

E-Mail
redaktion.kompakt@polizei.bund.de

Intranet Bundespolizei
infoportal.polizei.bund.de/kompakt

Internet
bundespolizei.de/kompakt

Lektorat
Anika Haink

Layout, Satz & Foto
Barbara Blohm, Mandy Cox, Anja Ebach, Jacob Maibaum, Jennifer Späth, Alexandra Stolze, Sarah Viebach
Bundespolizeipräsidium
Referat 66 – Medien

Druck
Firma Appel & Klinger
Druck und Medien GmbH
96277 Schneckenlohe

Auflage
9 000

Erscheinung
sechsmal jährlich

Bundespolizei-Stiftung
Informationen unter www.bundespolizei.de

Wir danken allen Beteiligten für ihre Mitarbeit. Für den Inhalt der Beiträge sind grundsätzlich die Verfasserin oder der Verfasser verantwortlich. Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wider. Alle Inhalte sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck und Vervielfältigung außerhalb der Bundespolizei nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Herausgebers. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und die Vervielfältigung auf Datenträgern. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge und Leserbriefe zu kürzen.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe
3. Dezember 2025

Informationen zum behördlichen Datenschutz finden Sie unter bundespolizei.de/datenschutz

Bildnachweis: alle Bilder Bundespolizei, außer: S. 12 (oben) Bundesministerium für Verkehr; S. 17 (Illustrationen) flaticon.com; S. 23 (oben) KI-generiert; S. 25 (u. l.) Nils Thies; S. 40 pixabay.com

Papier
Circle Silk Premium White IGEPA
100% Recycling



Die Berliner Mauer teilte Ost- und Westberlin
von 1961 bis 1989.



Damals, heute und morgen

75 Jahre Bundespolizei

Am 16. März 1951 wurde die Gründung des Bundesgrenzschutzes im Bundesgesetzblatt verkündet. 10 000 Mann sollten fortan die deutschen Grenzen schützen.

Heute zählt die Bundespolizei mehr als 55 000 Frauen und Männer. Über 41 000 von ihnen sind Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte. 75 Jahre sind vergangen, in denen sich Deutschland und die Welt vielfach verändert haben. Die Bundespolizei folgte dabei stets dem Schicksal der Bundesrepublik. Sie schützte zunächst eine neu errichtete innerdeutsche Grenze, bis diese im Jahr 1989 wieder eingerissen wurde. Sie gründete unter anderem Flugdienst und GSG 9, übernahm den Schutz von Bundesorganen sowie Aufgaben der Luftsicherheit und der Bahnpolizei. Sie gewährleistet Schutz an Bord deutscher Luftfahrzeuge und wehrt neuerdings Drohnen ab.

Die Bundespolizei hat sich damit von einer paramilitärischen Organisation mit Grenzjägern im Kombattantenstatus zu einer hoch modernen Polizeibehörde mit vielfach spezialisierten Polizistinnen und Polizisten entwickelt.

Auch künftig wird sich die Bundespolizei verändern. Bestehende Aufgaben werden sich fortentwickeln und neue hinzukommen. Welche konkret, bleibt abzuwarten. Denn die Behörde folgt auch weiterhin dem Schicksal der Bundesrepublik Deutschland.

kompakt richtet mit dieser Ausgabe nicht zuletzt einen Blick in die Zukunft. Auf den folgenden Seiten lesen Sie daher nicht nur über die 75-jährige Geschichte der Bundespolizei, sondern auch über aktuelle Entwicklungen. Von der Bedeutung der Cyberabwehr für eine Sicherheitsbehörde, über die Nutzung Künstlicher Intelligenz zu polizeilichen Zwecken bis hin zur Digitalisierung der Aus- und Fortbildung. Zudem wird die Humane Sicherheitsforschung beleuchtet. Diese geht der Frage nach, wie sich potenzielle Täterinnen und Täter verhalten und wie erkannte Muster in die Polizeiarbeit einfließen können.

Text Sophia Graf



Künstliche Intelligenz in der Bundespolizei

Sind wir etwa zeitgemäß?

Künstliche Intelligenz (KI) ist ein Begriff, der den meisten Menschen nicht mehr erklärt werden muss. Gerade jüngere Generationen nutzen einschlägige Programme häufig – sei es für die Bilderstellung, die nächste Reiseroute oder den Einkaufszettel. Vor allem die fehlenden Rahmenbedingungen der Europäischen Union schlossen die Nutzung von KI in der Bundespolizei bislang aus. Doch das ändert sich gerade.

Schon seit geraumer Zeit wird KI in Unternehmen eingesetzt. Es lassen sich damit Prozesse vereinfachen, personelle Ressourcen schonen und letztlich die Effizienz steigern.

Auch bei der öffentlichen Verwaltung gewinnt der Einsatz von KI zunehmend an Bedeutung, wirft aber gleichzeitig eine Reihe rechtlicher, ethischer, gesellschaftlicher und politischer Fragen auf.

KI muss in vielerlei Hinsicht betrachtet werden. Das Potenzial birgt auch Risiken. Unbestreitbar, dass es untersagt ist, ein privat genutztes KI-Programm mit dienstlichen Daten zu speisen, um beispielsweise Strafanzeigen zu verfassen oder Personalübersichten für die anstehende Führungskräfte tagung erstellen zu lassen. Dass behörden-eigene KI-Programme aber durchaus sinnvoll sind, hat die Bundespolizei erkannt und entwickelt ihre erste eigene Anwendung.

Übersetzungstool

Das Projekt „Babelfisch“ erarbeitet derzeit eine KI-gestützte Software, um sprachliche Barrieren abzubauen und die Kommunikation mit nicht Deutsch sprechenden Personen zu vereinfachen. Kurz gesagt, die

Bundespolizei wird künftig über ihr eigenes Übersetzungstool verfügen, das für dienstliche Belange genutzt werden kann. Die rechtlichen Rahmenbedingungen hierfür wurden geschaffen und die erforderlichen Hochleistungsrechner werden beschafft.

Im Laufe des Jahres 2026 startet „Babelfisch“ zunächst als Pilotphase in den Bundespolizeidirektionen Hannover, Stuttgart und Koblenz sowie in der Direktion Bundesbereitschaftspolizei. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den Bearbeitungsstraßen und den Vernehmungsräumen. Künftig soll das Übersetzungstool der gesamten Behörde auf der dienstlichen Informationstechnik zur Verfügung gestellt werden.

Möglichkeiten

Zunächst soll das Programm die englische, französische, spanische, russische und arabische Sprache erkennen und übersetzen. Sollte die Erprobung erfolgreich verlaufen, ist eine Ausweitung auf weitere Sprachen denkbar.



Projektlogo „Babelfisch“

User Story:
Als Polizist im Einsatz benötige ich eine Sofort-Übersetzung, um Situationen schnell zu deeskalieren und Missverständnisse zu vermeiden.
Die Lösung: Mit dem Babelfisch-Tool hat Levi seinen digitalen Dolmetscher immer griffbereit – für mehr Sicherheit und klare Kommunikation auf Knopfdruck.

Babelfisch
TRANSLATION TOOL

Übersetzungen in Echtzeit verspricht die KI-gestützte Software.

„Babelfisch“ ermöglicht künftig eine schnelle und unbürokratische Kommunikation mit dem polizeilichen Gegenüber. Mit Hilfe des Übersetzungstools können Kolleginnen und Kollegen beispielsweise schon während der Einreisekontrolle Fragen klären, für die sie bislang eine sprachkundige Person beauftragen mussten. Auch in Vernehmungen oder bei der Telekommunikationsüberwachung kann künftig auf die eigene Software zurückgegriffen werden. Sie übersetzt das gesprochene Wort in Echtzeit, sodass eine reibungslose Kommunikation mit dem polizeilichen Gegenüber möglich wird. Auch Textdoku-

mente erkennt die KI und übersetzt sie ins Deutsche.

Mit der Machbarkeitsstudie von „Babelfisch“ setzt die Bundespolizei das Startsignal für die Verwendung von Künstlicher Intelligenz für die operative Arbeit. Sicher wird dies nicht die letzte KI-gestützte Software bleiben, die in den kommenden 75 Jahren in der Behörde Einzug halten wird. ■

Text Elena Müller



Kofinanziert von der Europäischen Union



Auf den Punkt

Viele Menschen nutzen Künstliche Intelligenz (KI) bereits im Privaten. Nun wird auch ein dienstlicher Einsatz möglich: Das Projekt „Babelfisch“ entwickelt derzeit eine KI-gestützte Übersetzungssoftware für die Bundespolizei. Sie soll künftig die Kommunikation mit dem polizeilichen Gegenüber erleichtern.

Chronik – 75 Jahre Bundespolizei

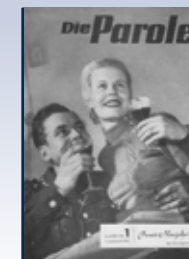
16. März 1951

Das „Gesetz über den Bundesgrenzschutz und die Einrichtung von Bundesgrenzschutzbehörden“ wird im Bundesgesetzblatt verkündet. 10 000 Mann werden zunächst aufgestellt.



28. Mai 1951

Einzug der ersten 1 800 Beamten des BGS in die Hubertus-Kaserne in Lübeck und erster Appell durch den Bundesinnenminister Dr. Robert Lehr.



15. Juni 1951

Das Bundesinnenministerium ordnet die Gründung einer „Unterhaltungszeitschrift“ für den BGS an. „Die Parole“ erscheint bis 1973, ab dann heißt sie „BGS – Zeitschrift des Bundesgrenzschutzes“ und seit 2009 „Bundespolizei kompakt“. Hier die Titelseite der Januarausgabe 1952.



7. Mai 1955

Der Bundesminister des Innern erteilt den Auftrag zur Aufstellung einer Hubschrauber-Flugbereitschaft in Hangelar bei Bonn. Der erste Polizeihubschrauber ist eine Hiller UH-12B.

**1. Juli 1956**

Gründung der Bundeswehr: Die Angehörigen des BGS erhalten die Option zum Wechsel. Von den 16 614 Polizeivollzugsbeamten entscheiden sich 9 572 für die Bundeswehr.

**1. Januar 1957**

Das Saarland tritt als zehntes Land der Bundesrepublik Deutschland bei, damit verändert sich die Außengrenze und der Zuständigkeitsbereich des BGS. Der vollständige wirtschaftliche Beitritt erfolgt mit der Einführung der D-Mark am „Tag X“, dem 6. Juli 1959: Der BGS bringt in einem Großeinsatz 95 Tonnen Bargeld (578 Millionen DM) ins Saarland.

Neue Technologien und Strategien

„Aufspüren, abwehren, abfangen“

Drohnensichtungen über den größten deutschen Verkehrsflughäfen führten insbesondere im vergangenen Herbst teilweise zur Einstellung des Flugverkehrs. So war es nur folgerichtig, dass das Bundesministerium des Innern Mitte Oktober 2025 mit dem sogenannten Drei-Säulen-Erlass reagierte.

Zur Umsetzung der Drohnenabwehrstrategie des Bundesinnenministeriums wurde am 2. Dezember 2025 die Drohnenabweereinheit (DAE) der Bundespolizei in Dienst gestellt. Am 17. Dezember 2025 eröffneten Bund und Länder das Gemeinsame Drohnenabwehrzentrum (GDAZ). Daneben wird für die Forschung und Entwicklung eine eigenständige Säule entstehen. Bastian Lamers ist Teil der DAE, Sebastian Schulte ist für die Bundespolizei im GDAZ. **kompakt** sprach mit ihnen über die operativen und strategischen Komponenten der Drohnenabwehr.

Welche Aufgaben hat die DAE der Bundespolizei?*Bastian Lamers:*

Um es mit den Worten von Alexander Dobrindt, Bundesminister des Innern, zu sagen: „Aufspüren, abwehren, abfangen.“ Fähigkeiten zur Drohnenabwehr hat die Bundespolizei schon seit mehreren Jahren. Neu ist seit der Indienststellung, dass wir Kolleginnen und Kollegen haben, die ausschließlich mit dieser Aufgabe betraut sind.

Dabei kann die DAE an sämtlichen Standorten der Bundespolizei zum Einsatz kommen. Sie ergänzt insbesondere auch die im Aufbau

befindliche Drohnenabwehr an den Verkehrsflughäfen in Zuständigkeit der Bundespolizei.

Wie unterscheidet sich die Zuständigkeit von Bund und Ländern bei der Drohnenabwehr – ist die Bundespolizei die neue „Drohnenpolizei“?*Bastian Lamers:*

Nein, wir sind nicht die neue „Drohnenpolizei“. Unsere Zuständigkeit orientiert sich an den gesetzlichen Aufgaben der Bundespolizei. Unser Fokus liegt auf Verkehrsflughäfen,

Bahnanlagen sowie dem Schutz von Bundesorganen. Nicht nur Ausspähhandlungen, Sabotageakte oder Anschläge stellen eine Gefährdung dar. An Flughäfen liegt eine Gefährdungslage bereits vor, wenn eine Drohne in die Flugverbotszone einfliegt. Die Polizeien der Länder haben eine andere Zuständigkeit. Ihr Schwerpunkt zielt derzeit häufig auf den Schutz von Fußballstadien oder kritischer Infrastruktur ab.

Auch die Bundeswehr ist ein großer Akteur im Bereich der Drohnenabwehr. Fast täglich werden Drohnenüberflüge



kompakt im Interview mit Bastian Lamers (links) und Sebastian Schulte

**13. August 1961**

Die DDR beginnt mit dem Bau der Berliner Mauer. Durch diese soll die Massenflucht ihrer Bürger in den Westen gestoppt werden. Der Schutz der bundesdeutschen Grenze zur DDR, die sogenannte Demarkationslinie, wird für die kommenden Jahrzehnte die Hauptaufgabe des BGS.

**Februar 1962**

Eine heftige Sturmflut an der Nordseeküste überschwemmt weite Gebiete Norddeutschlands. Der BGS entsendet 4 000 Mann, um der Bevölkerung zu helfen.

an Bundeswehrstützpunkten gemeldet. Im Inland liegt ihr Fokus daher auf dem Schutz eigener Einrichtungen.

Bei Militär- oder Nukleartransporten auf Bahnanlagen überschneiden sich die Zuständigkeiten. Im Grunde ist Drohnenabwehr immer eine Gemen-gelage, in der es gilt, sich gegenseitig in der jeweiligen Aufgabenwahrnehmung zu unterstützen.

Welche Aufgaben hat demgegenüber das GDAZ von Bund und Ländern?

Sebastian Schulte:

Es bringt Experten zusammen und bündelt Kompetenzen. Ein Austausch hat auch schon vor der Eröffnung des GDAZ stattgefunden. Dieser hat nun einen festen Rahmen, der strukturiertes Wissensmanagement schafft, Lageanalysen zusammenführt und ein einheitliches, umfassendes Lagebild ermöglicht. Daneben besteht eine koordinierende Funktion, um bei wiederholten Drohnensichtungen – wie im vergangenen Oktober am Flughafen München – Fähigkeiten bündeln zu können.

Wird das GDAZ auch bei Sofortlagen tätig?

Sebastian Schulte:

Sofortlagen, wie beispielsweise kurzzeitige Drohnensichtungen über einem Flughafen, liegen zunächst nicht im direkten operativen Fokus des GDAZ. Es hat keine zentrale Steuerungsfunktion, sondern unterstützt eher koordinierend bei planbaren Zeitlagen wie dem Schutz von Großveranstaltungen. Das GDAZ prüft dann, welche geeigneten Maßnahmen die betroffe-

nen Sicherheitspartner treffen können. Das heißt konkret: Wer ist verfügbar? Wer hat welche Technik? Diese Fragen können, wenn viele Sicherheitspartner in einem Raum sind, viel schneller und gezielter geklärt werden.

Bastian Lamers:

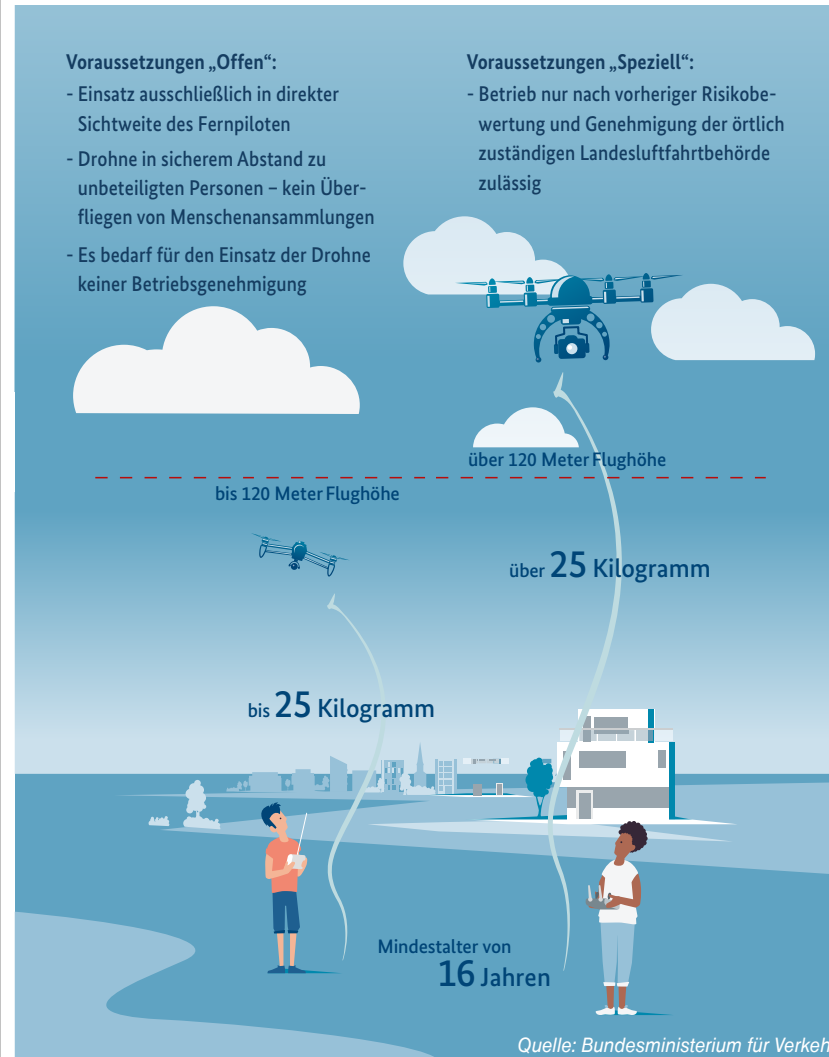
Für Sofortlagen im Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei kann die DAE angefordert werden. Sie unterstützt

bei zeitlich befristeten Einsatzlagen. Bei Sofortlagen sollen künftig im ersten Angriff zudem Kontroll- und Streifenbeamtinnen und -beamte vor Ort mittels tragbarer Systeme eingreifen.

Welche Behörden sind im GDAZ vertreten?

Sebastian Schulte:

Das GDAZ vereint die Sicherheitsbe-



10. August 1964

Neugründung des BGS See – nachdem die 1951 aufgestellte Einheit 1956 vollständig in der Bundesmarine aufgegangen ist.

30. Mai 1968

Der Bundestag verabschiedet die Notstandsverfassung, die den Einsatz des BGS in Krisenzeiten regelt. Der Bund kann den BGS nun einsetzen, wenn ein Land nicht in der Lage ist, eine drohende Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes abzuwehren.

hörden des Bundes und der Länder, wobei auf Bundesebene dem Bundeskriminalamt, der Bundeswehr und der Bundespolizei eine besondere Bedeutung zukommt. Vertreter aller Sicherheitspartner arbeiten in gemeinsamen Räumlichkeiten zusammen, angegliedert an die Bundespolizeidirektion 11, mit Zugang zu den jeweiligen Systemen.

Welche Berührungspunkte werden zwischen der DAE der Bundespolizei und dem GDAZ von Bund und Ländern zukünftig bestehen?

Sebastian Schulte:

Schon jetzt herrscht zwischen der DAE und dem GDAZ ein reger Austausch. Auch die operativen Einheiten der Länder oder anderer Bundesbehörden übermitteln dem GDAZ fortlaufend Erkenntnisse aus ihren Einsätzen. Dort werden die Informationen aufbereitet und analysiert, um die Einheiten wiederum zu beraten. Die gebündelten Informationen gibt das GDAZ zukünftig auch an die dritte Säule der Drohnenabwehr, die Forschung und Entwicklung, weiter.

Bastian Lamers:

Die durch das GDAZ erstellten Lagebilder, erhobenen Statistiken und gesammelten Informationen kann die DAE für künftige Einsatzszenarien nutzen. Für die Aufstellung von operativen Kräften sind die Erkenntnisse aus dem GDAZ von enormer Bedeutung. Wenn beispielsweise die Landespolizei oder die Technik der Bundeswehr bereits vor Ort ist, kann dies direkt miteinbezogen werden.

Ist die DAE der Bundespolizei technisch gut aufgestellt?

Bastian Lamers:

Die Einsatz- und Ermittlungsunterstützung der Bundespolizei verfügt seit Jahren über bewährte Drohnenabwehrtechnik. Im Zuge der Indienststellung der DAE Ende 2025 wurde darüber hinaus modernste Technik beschafft. Die neue Technik muss nun in bereits bestehende Abläufe integriert werden. Wobei es gerade die Vielfalt an Technik ermöglicht, uns auf eine größtmögliche Anzahl an Einsatzszenarien vorzubereiten.

Die beste Technik kann bekanntlich nur von Nutzen sein, wenn man sie zu bedienen weiß. Ist die DAE noch auf der Suche nach Personal? Welche Voraussetzungen muss ich mitbringen, wenn ich mich für eine Verwendung bei der DAE interessiere?

Bastian Lamers:

Ja, wir suchen noch zusätzliche operative Kräfte, eine entsprechende Dauerausschreibung ist veröffentlicht. Standorte sind zunächst Lübeck, Berlin, Swisttal und Rosenheim. Zukünftig werden die Metropolregionen beziehungsweise Flughäfen in der ganzen Bundesrepublik hinzukommen. Interessierte Kolleginnen und Kollegen sollten technisch aufgeschlossen sein. Sie haben die Möglichkeit, den Aufbau- und Innovationsprozess der DAE über die nächsten Jahre hinweg zu begleiten. Unerheblich ist, ob sie dem mittleren oder gehobenen Polizeivollzugsdienst angehören.

Sebastian Schulte:

Auch das GDAZ mit Standort in Berlin ist noch auf der Suche nach Personal. Hier sind vor allem interdisziplinäre Fähigkeiten, wie die Erstellung von

Analysen oder die Arbeit in Gremien und Netzwerken, gefragt.

Die Bundespolizei feiert 2026 ihr 75-jähriges Bestehen. Die DAE und das GDAZ gehören zu den jüngsten Neuerungen der Behörde. Welche Bedeutung wird das Thema Drohnenabwehr in der Zukunft haben?

Bastian Lamers:

Die Nutzung von Drohnen wird in den kommenden Jahren rasant zunehmen. Und damit meine ich nicht nur die Möglichkeit, Drohnen zur Spionage oder Sabotage zu verwenden, sondern für ganz alltägliche Dinge wie beispielsweise die Lieferung von Gegenständen. Die Bundespolizei wird für ihren Zuständigkeitsbereich künftig diese neue Nutzung des unteren Luftraums bei polizeilichen Lagen immer mitdenken müssen. ■

Das Interview führten
Elena Müller und
Sophia Graf.



Auf den Punkt

Ende 2025 wurde die Drohnenabweereinheit (DAE) der Bundespolizei in den Dienst gestellt. Außerdem haben Bund und Länder ein Gemeinsames Drohnenabwehrzentrum (GDAZ) eröffnet. Die Bundespolizei baut damit ihre Kompetenzen zur Abwehr von Drohnen aus und passt die Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrages an sich ändernde Verhältnisse an.



August 1972

Rund 2 000 Angehörige des BGS werden als Ordnungskräfte bei den Olympischen Sommerspielen in München eingesetzt. Um den Eindruck von „Spielen der Polizei“ zu vermeiden, tragen sie statt ihrer Uniform einen eigens entworfenen hellblauen Olympiainzug.



BUNDESPOLIZEI

ENTDECKE
WAS IN
WIR
STECKT

75 Jahre Werbung

Entwicklung der Nachwuchsgewinnung

Die Nachwuchswerbung spielt in der Bundespolizei seit ihrer Gründung als Bundesgrenzschutz eine wichtige Rolle. Obwohl sich die Maßnahmen im Laufe der Jahre verändert haben, bleibt die Zielrichtung gleich: junge Menschen für die Aufgaben und Werte der Behörde zu begeistern.



Zeitungsanzeige vom 9. Mai 1966



Kooperation mit Influencer Felix von der Laden



Werbemaßnahmen sind heute überwiegend digital.



Werbeplakate aus der Anfangszeit sollten junge und technikbegeisterte Männer ansprechen.



Trikotwerbung im Frauenfußball

Der Bundesgrenzschutz setzte in seiner Anfangszeit als paramilitärische Einheit auf Werbeplakate, Anzeigen in Zeitschriften und sprach junge und technikbegeisterte Männer an. Bildprägend waren Pathos und Stärke. Sie richteten sich nicht immer nur an potenzielle Bewerber, sondern auch an staatliche Akteure auf der anderen Seite des Grenzzauns.

Im Laufe der Zeit hat sich nicht nur die Behörde, sondern auch die Nachwuchsgewinnung entwickelt und verändert. Zur Zielgruppe gehören seit 1987 auch Frauen. Die militärische Darstellung wich der einer Polizei mit Sonderaufgaben. Die Farbe Blau, die mittlerweile eng mit der Polizei assoziiert wird, verdrängte das Grün. Teamwork, innere Sicherheit, Menschlichkeit und Vertrauen sind zwischenzeitlich Begriffe, mit denen sich die Behörde auch nach außen hin positioniert.

Die Bundespolizei stellt sich als moderner, vielfältiger und attraktiver Arbeitgeber dar. Werbemaßnahmen sind umfangreicher geworden und entwickeln sich stetig weiter. Neben Werbevideos, Podcasts sowie Kooperationen mit Influencerinnen und Influencern setzt die Behörde auf Virtual-Reality-Brillen sowie digitale und analoge Medien. Mittlerweile prangt das Logo der Bundespolizei auf Fußball- und Eishockeytrikots oder Werbebannern in Stadien. All diese Maßnahmen stellen nur einen kleinen Auszug dar. Das Referat 75 – Aus- und Fortbildung des Bundespolizeipräsidiums erprobt und konzipiert fortlaufend neue Möglichkeiten der Nachwuchswerbung.

Text Calvin Janovsky-Lauscher



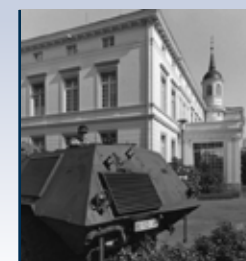
5. September 1972

Palästinensische Terroristen nehmen elf Athleten der israelischen Olympiamannschaft als Geiseln. In Hubschraubern des BGS werden die Entführer und ihre Geiseln zum Flugplatz Fürstenfeldbruck geflogen. Beim dortigen Befreiungsversuch sterben alle Geiseln, fünf Terroristen und ein deutscher Polizist.



26. September 1972

Als unmittelbare Reaktion auf die Ereignisse vom 5. September 1972 wird die GSG 9 als Spezialeinheit zur Bekämpfung von Terrorismus und schwerer Gewaltkriminalität gegründet. Ihr erster Kommandeur ist Ulrich Wegener.



Oktober 1972

Der BGS übernimmt den Schutz des Bundesverfassungsgerichts, der Amtssitze des Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers, des Auswertigen Amtes sowie des Bundesministeriums des Innern. Im Bild ein gepanzerter Sonderwagen vor dem Palais Schaumburg (Kanzleramt) in Bonn.



Vom Analogfunk über den Digitalfunk zum ...

„Denken, drücken, sprechen“

Seit der Gründung des Bundesgrenzschutzes (BGS) nutzt die Behörde Funkgeräte als Kommunikationsmittel. Ein Führungs- und Einsatzmittel, das auch 75 Jahre später unverzichtbar ist und sich zugleich stark weiterentwickelt hat.

Seit den Anfängen des BGS gab es eine eigene Einheit, die sich mit Funkaufklärung und Spionageabwehr beschäftigte. Sie diente nicht der eigenen Kommunikation untereinander, sondern der Aufklärung gegen behördenfremde Einheiten. Dem „Funkbeobachtungsdienst“, später „Gruppe Fernmeldewesen“, standen zunächst keine eigenen Funkgeräte zur Verfügung. Sie griffen daher auf Mittel- und Kurzwellengeräte aus amerikanischer Produktion zurück,

die nach dem 2. Weltkrieg in Deutschland verblieben waren.

Ab den 1970er Jahren wurden für die eigene Kommunikation feste Funknetzstrukturen mit Funkrelais zur Reichweitenerhöhung und Funkleitstellen ausgebaut, was die Nutzung von analogen Tornisterfunkgeräten und später auch tragbaren Handfunkgeräten möglich machte. Dies steigerte den Einsatzwert erheblich.

Ablösung durch Digitalfunk

Mit der Zeit übernahm der BGS immer mehr nationale und internationale Aufgaben. Da die analoge Funktechnik den gestiegenen Anforderungen nicht mehr genügte, einigten sich Bund und Länder im Jahr 1990 auf die Umstellung auf den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS-Digitalfunk). Zwischen 2010 und 2015 wurde diese neue Funktechnik schrittweise in die – mittlerweile

in Bundespolizei umbenannte – Behörde eingeführt.

Einsatzkommunikation der Zukunft

Der Digitalfunk in seiner aktuellen Form wird mittel- bis langfristig nur noch eine untergeordnete Rolle für die Bundespolizei spielen. Die Ansprüche an die digitale Kommunikation gehen zwischenzeitlich weit über den mündlichen Austausch hinaus. Größere Datenmengen oder Videos können damit bislang nicht übertragen werden. Die Zukunft der Einsatzkommunikation wird folglich in Breitbandlösungen liegen, vergleichbar mit dem kommerziellen Mobilfunk, wie er auch privat genutzt wird. Die Bundespolizei arbeitet bereits gemeinsam mit der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, kurz BDBOS, und anderen Behörden an der Sprach- und Datenkommunikation der Zukunft. ■

Text Elena Müller



Auf den Punkt

Schon immer werden in der Bundespolizei Funkgeräte zur Kommunikation genutzt. Die zunächst analoge Technik wurde ab 2010 durch Digitalfunk ersetzt. Derzeit wird an der nächsten Generation der Behördenkommunikation gearbeitet. Künftig sollen neben dem gesprochenen Wort auch größere Datenmengen mittels Breitbandtechnologie sicher übermittelt werden können.

Analogfunktechnik

Vorteile

- einfache Technik, robust und leicht zu bedienen
- hohe Zuverlässigkeit
- Direktkommunikation
- sofortige Sprachübertragung

Nachteile

- keine Verschlüsselung
- eingeschränkte Sprachqualität (Rauschen)
- keine Datenübertragung (nur Sprache)
- keine Interoperabilität zwischen dem BGS und den Polizeien der Länder
- veraltete Technik (Wartung, Ersatzteile, Frequenzen)



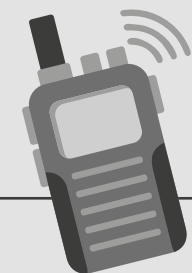
Digitalfunktechnik

Vorteile

- abhörsicher (Ende-zu-Ende-Verschlüsselung)
- gehärtete Netze (zum Beispiel bei Stromausfall)
- hohe Sprachqualität
- netzübergreifende Kommunikation zwischen der Bundespolizei und den BOS des Bundes und der Länder
- einheitliches Netz (BOS), dadurch zentrale Steuerung und Verwaltung möglich
- Zusatzfunktionen:
 - Gruppen-, Einzel- und Notrufe
 - Übermittlung von GPS-Daten
 - Übermittlung von Statusmeldungen

Nachteile

- Netzüberlastung möglich
- komplexe Technik (teure Geräte und Infrastruktur, hoher Schulungsaufwand)
- nur einfache Datendienste (keine Übermittlung von Videos oder größeren Datensätzen möglich)
- Verbindungsprobleme in Gebäuden oder im Grenzgebiet möglich



Visionen

- Umstellung auf Breitbandtechnologie
- Nutzung von Smartphones oder vergleichbaren Geräten
- Kommunikation über Anwendungen (Apps)
- Übermittlung von Daten, zum Beispiel
 - Videos, Fotos, Echtzeitübertragung von Drohnenbildern
 - Gruppenkommunikation (auch mittels Video)
- geplante Einführung der neuen Technik voraussichtlich zwischen 2030 und 2040



1. Juli 1976

Im Zuge der Personalrechtsreform werden die BGS-Dienstgrade in polizeiliche Amtsbezeichnungen geändert. So wird der Leutnant im BGS beispielsweise zum Polizeikommissar im BGS. Die Bezeichnungen „Grenzjäger“ und „Grenzoberjäger“ gehören damit der Vergangenheit an.



Oktober 1977

Feuerprobe für die neuen Spezialkräfte: Die GSG 9 befreit alle 86 Geiseln aus der von Terroristen entführten Lufthansa-Maschine „Landshut“ auf dem Flughafen Mogadischu in Somalia.



28. Februar 1981

Anti-Kernkraft-Demonstration bei Brokdorf (Schleswig-Holstein). Bei den heftigen Krawallen werden viele der rund 10 000 Landespolizisten und BGS-Beamten sowie zahlreiche der rund 100 000 Demonstrantinnen und Demonstranten verletzt.



1. Oktober 1987

Die ersten 30 Frauen werden in den mittleren Polizeivollzugsdienst im BGS eingestellt und in Swisttal-Heimerzheim ausgebildet. Ab 1990 werden Frauen auch für den gehobenen Dienst zugelassen.



Formalbildung mit Stahlhelm gehörte einst zum Standard.



Militärische Strukturen werden heute selten vermittelt.

Aus- und Fortbildung damals und heute

Vom Sandkasten zur digitalen Wissensvermittlung

Gut ausgebildete und auf alle Einsatzlagen vorbereitete Beamtinnen und Beamte – hierfür passt die Bundespolizei seit 75 Jahren ihre Aus- und Fortbildung permanent an sich ändernde und neue Bedingungen an.

Seit Gründung des Bundesgrenzschutzes und auch nach der späteren Umbenennung in Bundespolizei wurden der Behörde zahlreiche zusätzliche Aufgaben übertragen. Häufig bedingte dies Veränderungen in der Aus- und Fortbildung. War sie in den Anfängen noch von Übungen im Gelände und Schulungen am Geländesandkasten geprägt, verlagerte sich der Schwerpunkt später zur theoretischen Wissensvermittlung. In der jüngeren Vergangenheit änderte sich zudem die Methodik. In Schulen und Universitäten sind digitale Vermittlungsmethoden heute

gängige Praxis. Die Coronapandemie beschleunigte ab dem Jahr 2020 diese Entwicklung deutlich.

Einstellungsoffensive

In der Aus- und Fortbildung der Bundespolizei ist von der Digitalisierung bislang vergleichsweise wenig zu bemerken. Die kurzzeitig intensive Nutzung von E-Learning während der Pandemie ist zwischenzeitlich deutlich zurückgefahren worden. Sie hat gezeigt, dass sich die polizeiliche Ausbildung aufgrund ihrer praktischen Ausrichtung nicht uneingeschränkt für die Fernlehre eignet. Da die Res-

sourcen der Bundespolizei seit 2015 stark auf die Bewältigung der Einstellungsoffensive konzentriert sind, war die Möglichkeit der digitalen Weiterentwicklung bisher eingeschränkt.

Wie geht es weiter?

Nach mehr als zehn Jahren der Einstellungsoffensive ist es an der Zeit, für die Aus- und Fortbildung in Umfang und Qualität neue Strukturen zu schaffen. Dabei ist klar: Polizei erfordert ein hohes Maß an handlungsorientierter Ausbildung. Die Digitalisierung soll diese Praxis nicht ersetzen, sondern gezielt unterstützen.

Es gibt aktuell mehrere Ansätze, um diese Entwicklung voranzutreiben. Die Stabsstelle E-Learning der Bundespolizeiakademie erarbeitet Produkte, die künftig – begleitend zum Präsenzunterricht – eine digitale Vertiefung einzelner Themen ermöglichen. Eines der ersten Produkte ist ein digitaler Lehrgang, um Multiplikatoren für Vernehmungen zu qualifizieren.

Zugleich soll der „Lehrraum der Zukunft“ entwickelt werden. Neben moderner IT-Infrastruktur werden dabei neue Raumkonzepte, flexible Sitzordnungen und optimale Lichtverhältnisse bedacht. Unterrichtsinhalte

sollen künftig im Nachgang digital verfügbar gemacht werden – etwa über Mediatheken mit Lehrvideos, Unterrichtsaufzeichnungen oder digitalen Lernmodulen. Auch Bibliotheken sollen perspektivisch digital zugänglich sein. Darüber hinaus wird an leistungsfähigen WLAN-Angeboten in allen Aus- und Fortbildungsliegenschaften gearbeitet.

Ausbildung praxisnah weiterentwickeln

Zusätzlich wird derzeit der Ausbildungsplan des mittleren Polizeivollzugsdienstes grundlegend überarbeitet. Neben der Aktualisierung von

Inhalten ist eine Weiterentwicklung der Methodik geplant. Integrative und handlungsorientierte Lernformen sollen die Auszubildenden praxisgerecht und verständlich auf ihren beruflichen Alltag vorbereiten. Ziel ist es, theoretisches Wissen unmittelbar mit praktischer Anwendung zu verknüpfen. Dafür wird es erforderlich sein, Führungs- und Einsatzmittel aus der Praxis auch in der Aus- und Fortbildung stärker verfügbar zu machen.

Schneller und flexibler durch bessere Koordinierung

Wer sich die Vielzahl der geplanten Vorhaben vor Augen führt, könnte



Waffenkunde damals ...



... und heute



9. November 1989

Die DDR öffnet die Grenzübergänge. Hunderttausende Bürgerinnen und Bürger der DDR strömen in die Bundesrepublik. In den folgenden Wochen werden fast 200 neue Grenzübergänge zwischen der DDR und der Bundesrepublik eingerichtet.



1. Juli 1990

Der Grenzstreifen wird eingestellt – damit entfallen auch die Personenkontrollen zwischen DDR und Bundesrepublik. Mit der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 ist die innerdeutsche Grenze Geschichte.



April 1992

Der BGS übernimmt die Aufgaben der Bahnpolizei sowie den Schutz vor Angriffen auf die Sicherheit des Luftverkehrs. Von den rund 2 700 Bahnpolizisten wechseln 95 Prozent zum BGS.

annehmen, dass diese zu viel Zeit, Abstimmung und finanzielle Mittel binden. Um dem entgegenzuwirken, wurde im Bundespolizeipräsidium ein Projekt zur Konsolidierung und Fortentwicklung der Aus- und Fortbildung sowie der Nachwuchsgewinnung eingerichtet.

Erkannten Problemen soll hier frühzeitig begegnet werden. Finanzielle Bedarfe werden bereits in der Planungsphase erhoben und abgestimmt, um sie rechtzeitig in die Haushaltsaufstellung einzubringen. Akuter Änderungsbedarf wird möglichst unmittelbar umgesetzt und nicht bis zum Abschluss des Projektes aufgeschoben. So wird bereits heute der Bewerbungsprozess für künftige

Auszubildende weiter digitalisiert, auch wenn das Gesamtkonzept zum digitalen Bewerbungsverfahren noch nicht vollständig abgeschlossen ist.

Wesentliches Ziel dieser Gesamtsteuerung ist es, fachlich-strategische Grundlagen für die Aus- und Fortbildung zu schaffen. Hierbei soll die Einstellungs- und Ausbildungsoffensive sowie die nachhaltige Fortentwicklung der Aus- und Fortbildungsorganisation – insbesondere mit Blick auf den Stellenaufwuchs der Bundespolizei – koordiniert abgeschlossen werden.

Auf dem Weg in die Zukunft

Die Bundespolizei ist auf dem Weg, den digitalen Rückstand gegenüber anderen Ausbildungsstätten

und Hochschulen schrittweise zu verkürzen. Um die Lücke zu schließen, bedarf es zukünftig weiterer Anstrengungen. Auch die kommenden 75 Jahre werden nur mit gut ausgebildeten Nachwuchskräften in der Bundespolizei zu bewältigen sein. Daher ist es jede Anstrengung wert, diese zu gewinnen. Die Digitalisierung unterstützt dabei – sie ersetzt nicht. Sie schafft Freiräume für Praxis, ohne sie zu verdrängen. ■

Text **Marcus Büchner**



Laptops werden heute im Unterricht genutzt.

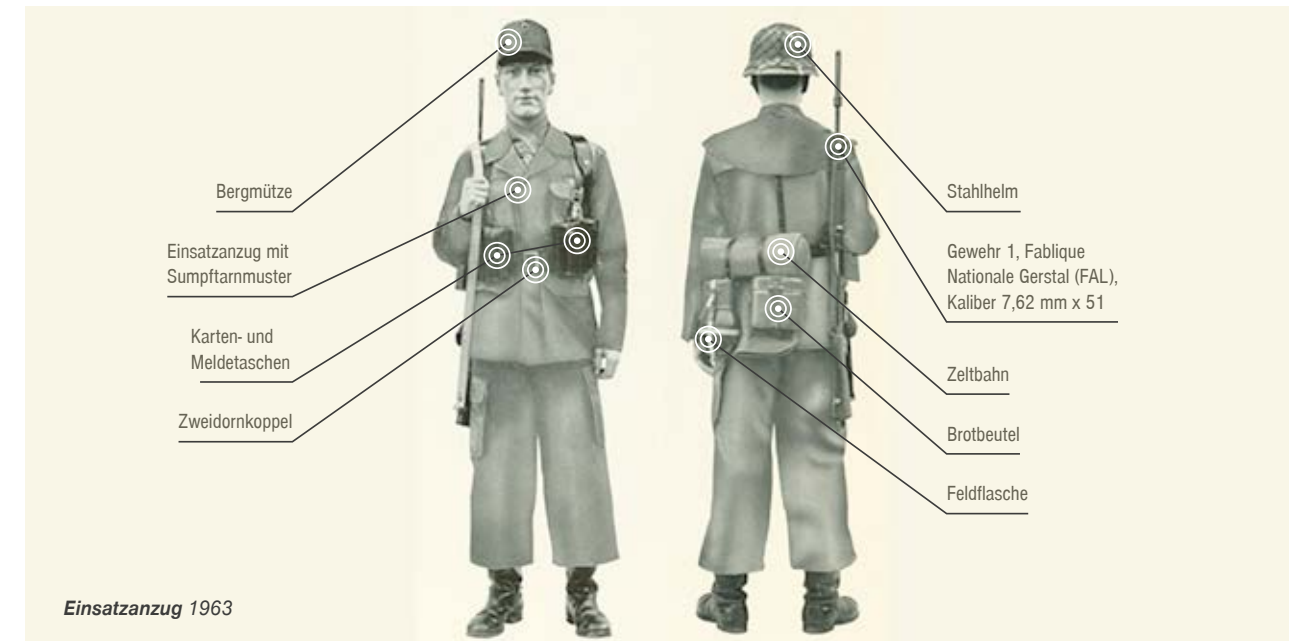


Auf den Punkt

Der Aufgabenzuwachs der Bundespolizei hat bereits in der Vergangenheit wesentliche Änderungen in der Aus- und Fortbildung mit sich gebracht. Nun muss die Behörde eine weitere Hürde meistern: theoretische Aus- und Fortbildungsinhalte zeitgemäß und damit auch digital zu vermitteln, ohne den Bezug zur praktischen Anwendung zu verlieren.

Schaubild

Ausstattung damals und heute



Einsatzanzug 1963



Führungs- und Einsatzmittel heute

16. Januar 1996

Nach dem erfolgreichen Modellversuch einer Bundesgrenzschutzinspektion Verbrechensbekämpfung (VB) in Frankfurt (Oder) im Jahr 1995 werden weitere Inspektionen VB in Pirna, Frankfurt am Main, Rostock, München und Köln eingerichtet. 1998 wird aus der Verbrechens- die Kriminalitätsbekämpfung.



3. Juni 1998

Zugunglück bei Eschede (Niedersachsen), 101 Menschen sterben und mehr als 100 werden verletzt. Etwa 200 Einsatzkräfte des BGS sind mehrere Tage vor Ort im Einsatz.



26. Februar 1999

Start der digitalen Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern: Die Homepage www.bundesgrenzschutz.de geht online. Im ersten halben Jahr werden rund 50 000 Seitenaufrufe gezählt.



11. September 2001

Anschläge auf das World Trade Center in New York (USA), bei dem Terroristen Passagierflugzeuge als Waffen verwenden. Die Folge sind umfassende Verschärfungen im Luftsicherheitsrecht. Für den BGS bedeutet dies die Schaffung der Einheit der Flugsicherheitsbegleiter.

Humane Sicherheitsforschung

Der Faktor Mensch

Der Polizeidienst ist immer eine Arbeit mit Menschen – und das ist eine Wissenschaft für sich. Psychologie, Kriminologie, Soziologie und viele andere akademische Disziplinen fließen darin ein. Sie sind entscheidend, um das Verhalten des Gegenübers zu verstehen und gleichzeitig das der Person in Uniform zu reflektieren. Die humane Sicherheitsforschung in der Bundespolizei widmet sich der wissenschaftlichen Untersuchung des Faktors Mensch in der polizeilichen Arbeit – und könnte damit die kommenden 75 Jahre der Bundespolizei verändern. kompakt blickt hinter die Kulissen.

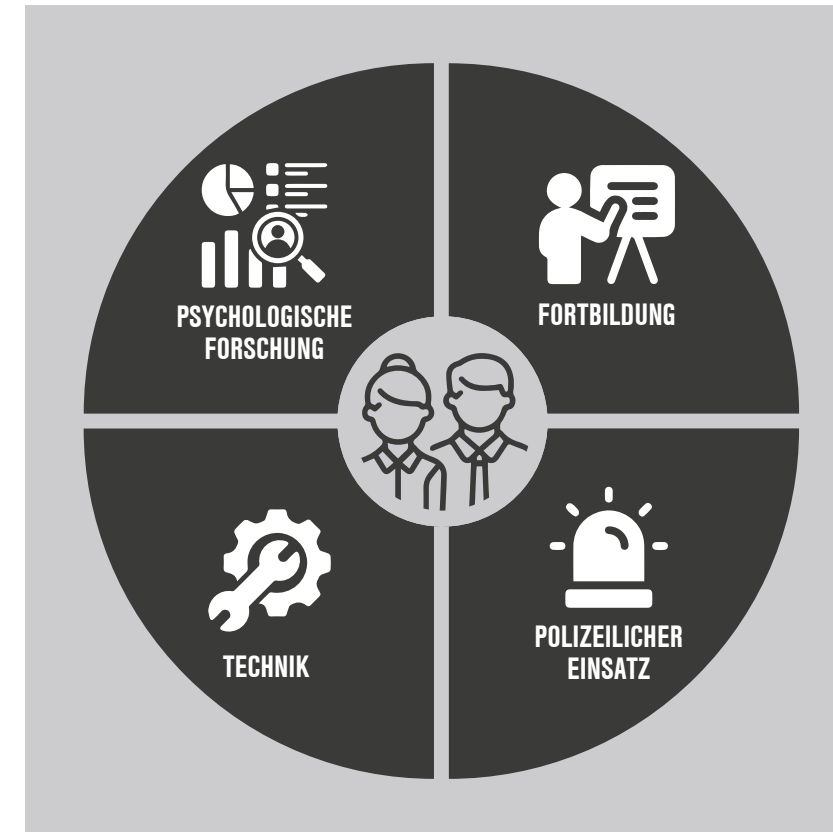
Viele Kolleginnen und Kollegen hatten im dienstlichen Alltag schon einmal mit Menschen in psychisch belastenden Situationen zu tun. Ob am Bahnhof, am Flughafen oder an der Grenze – die meisten kennen das. Doch wie verhalten sich Personen in einem solchen Zustand? Wie gehen Polizistinnen und Polizisten möglichst deeskalierend damit um? Und wie können diese bereits in der Aus- und Fortbildung bestmöglich darauf vorbereitet werden?

Wissenschaft in der Praxis
Fragen wie diese beschäftigen die humane Sicherheitsforschung im Bundespolizeipräsidium. Deren Ziel ist es, wissenschaftliche und verhaltensbasierte Erkenntnisse in die tägliche präventive Polizeiarbeit zu integrieren. Als das Fachgebiet 2016 gegründet wurde, lag der Fokus auf der Luftsicherheit, wofür das Referat 24 zuständig ist. Inzwischen fließen die wissenschaftlichen Erkenntnisse jedoch in nahezu alle Bereiche der

Bundespolizei ein. Dadurch arbeitet das Forschungsteam auch sehr eng mit allen Zweigen der Behörde zusammen.

Ready or Not

In der Wissenschaft ist internationale Vernetzung elementar. Ein Beispiel hierfür ist das kürzlich abgeschlossene Projekt „Ready“. Zusammen mit der Kantonspolizei Zürich haben Angehörige der Forschungsgruppe in nur einer Woche am Flughafen Berlin-Brandenburg (BER) fast sieben Interviews und praktische Übungen mit lokalen Behörden und Dienstleistern durchgeführt. Das Projekt konzentrierte sich auf die Prävention von Bedrohungen durch Innentäter, also Personen, die aus Tätigkeiten innerhalb einer Flughafenorganisation heraus Straftaten begehen wollen. Es beschäftigte sich vor allem mit möglichen Szenarien sowie dem gezeigten Verhalten potenzieller Täterinnen und Täter. Besonders spannend: Die Daten wurden zuvor identisch in der Schweiz erhoben und konnten so miteinander verglichen werden. Aus den erkannten Mustern wurden Handlungsempfehlungen entwickelt, die für



hierfür auf. Dem Gegenüber in den Kopf schauen können die Kolleginnen und Kollegen damit zwar noch immer nicht, kommen aber vielleicht so nah wie möglich heran.

Auch der anfangs erwähnte Umgang mit Menschen in psychischen Belastungssituationen steht im Blickpunkt der Sicherheitsforschung. Hierzu werden im Austausch mit allen Beteiligten – unter anderem den sozialwissenschaftlichen Diensten der Bundespolizei – Möglichkeiten für die künftige Aus- und Fortbildung identifiziert und angepasst. Dabei steht auch die Erforschung von Situationstrainings mittels Virtueller Realität im Raum. Es bleibt also spannend, wie die kommenden 75 Jahre aussehen werden. Die Wissenschaft wird die Arbeit der Bundespolizei weiter mitgestalten und unterstützen. Der Erfolg liegt hierbei in dem Zusammenspiel zwischen Einsatz, Fortbildung, Technik und Forschung. ■

Text **Carsten Ziebler**



Knapp 70 Interviews führte die Forschungsgruppe im Projekt „Ready“ am Flughafen Berlin-Brandenburg.

Flughäfen und kritische Infrastrukturen gleichermaßen nutzbringend sind. Die Ergebnisse lieferten zudem wichtige Erkenntnisse, wie die Luftsicherheit am BER weiter gestärkt werden kann und führten bereits zu konkreten Änderungen in den Abläufen.

Zwischen Lüge und Wahrheit

Der Faktor Mensch wird in der polizeilichen Arbeit immer dann konkret, wenn ein direkter Kontakt zum Bürger besteht. Sei es während einer Identitätsüberprüfung, einer Grenzkontrolle oder auch bei Befragungen und Vernehmungen. Ziel der Exekutive ist

dabei stets, die Wahrheit von der Lüge zu unterscheiden. Das Sprichwort „Man kann dem Menschen ja nicht in den Kopf schauen“ fasst das gut zusammen. Deshalb ist es entscheidend, auch die subtilen Hinweise in der Kommunikation – verbal wie nonverbal – wahrzunehmen und diese zu verstehen. Bereits in solch kurzen Begegnungen entsteht eine Beziehung zwischen den beiden Seiten. Diese Erkenntnis für die polizeiliche Arbeit zu nutzen, muss erlernt werden. Daher unterstützt die humane Sicherheitsforschung die Aus- und Fortbildung und bereitet wissenschaftliche Ergebnisse

Auf den Punkt

Seit 2016 beschäftigt sich die humane Sicherheitsforschung im Bundespolizeipräsidium mit dem Faktor Mensch in der polizeilichen Arbeit. Dabei gewonnene Erkenntnisse fließen in die Aus- und Fortbildung sowie die Abläufe in den Dienststellen ein.



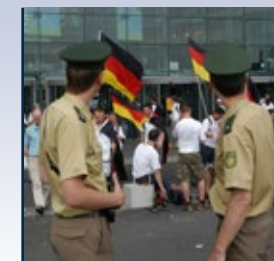
8. April 2002

Der BGS übernimmt die Reiterstaffel der Berliner Polizei. 84 Beschäftigte – darunter 70 Reiterinnen und Reiter sowie zwei Hufschmiede – und 44 Polizeipferde wechseln zum BGS-Amt Berlin.



1. Juli 2005

Der BGS wird in „Bundespolizei“ umbenannt. Die grüne Farbe der Uniformen und Einsatzmittel wird sukzessive durch Blau ersetzt, die Kennzeichen der Fahrzeuge werden von „BG“ in „BP“ geändert.



Juli 2006

Fußball-Weltmeisterschaft der Herren in Deutschland: hohe Einsatzbelastung für alle Beamtinnen und Beamten in ganz Deutschland. Allein beim Endspiel in Berlin sind 1 400 Bundespolizistinnen und -polizisten im Einsatz.

1. März 2008

Neuorganisation: Die Bundespolizei erhält ihre heutige Struktur mit einem Bundespolizeipräsidium, neun regionalen Bundespolizeidirektionen, der Direktion Bundesbereitschaftspolizei und der Bundespolizeiakademie. Die GSG 9 der Bundespolizei und der Bundespolizeiflugdienst werden zunächst direkt dem Präsidium unterstellt.



Cyberabwehr für die Bundespolizei

Ein Hackerangriff mit Folgen

Wenn IT¹-Systeme ausfallen, steht mehr still als nur ein Rechner. Einsatzplanung, Lagebilder, Kommunikation, Aktenführung, Telefonüberwachung – ohne funktionierende IT ist polizeiliche Arbeit heute kaum noch denkbar. Genau hier setzt das neue Cyberabwehr-Referat an: Es ergänzt den Schutz der Bundespolizei vor Angriffen und sorgt dafür, dass die Einsatz- und Arbeitsfähigkeit jederzeit erhalten bleibt.

Der Grundstein für das heutige Referat 58 des Bundespolizeipräsidiums wurde bereits im Sommer 2011 gelegt. Hacker griffen eine von der Bundespolizei genutzte Applikation – das sogenannte Patras-System, welches Standortdaten von Trackern verarbeitet – an. Die Täter verschafften sich Zugriff auf sensible Einsatzdaten, die später im Internet auftauchten. Der Vorfall zeigte deutlich: Die Bedrohung aus dem Cyberraum ist real – und sie betrifft unmittelbar die polizeiliche Arbeit.

Zwar beschäftigte sich die Bundespolizei bereits zuvor mit IT-Sicherheit, doch dieser Angriff machte klar, dass eine spezialisierte, dauerhaft operativ arbeitende Einheit vonnöten ist. 2011 wurde daher zunächst als Projekt ein Computer Emergency Response Team (CERT)² eingerichtet.

Die erfolgreiche Ermittlung der Täter des Angriffs auf das Patras-System markierte den Startschuss für eine neue Qualität einer auch präventiv ausgerichteten Cyberabwehr. Dem CERT gelang es zunehmend, gezielte Maßnahmen gegen Angreifer zu etablieren.

Bei der Neuorganisation der Abteilung 5 des Bundespolizeipräsidiums wurde daher am 1. Mai 2025 ein neues Referat 58 gegründet. Dies ermöglichte es, Kompetenzen aus verschiedenen Bereichen zusammenzuführen. Unter dem Dach des neuen Referats ist heute die Cyberabwehr – einschließlich der informationstechnischen Überwachung, die rund um die Uhr an sieben Tagen in der Woche erfolgt.

Operativ am Rechner

Außergewöhnlich für ein Referat des Bundespolizeipräsidiums ist, dass die Kolleginnen und Kollegen mehrheitlich operativ arbeiten: Sie analysieren Angriffe direkt an den betroffenen Systemen, sichern digitale Spuren, untersuchen Schadsoftware und unterstützen Ermittlungsverfahren mit gerichtsverwertbaren Beweisen. Parallel beobachtet das Referat 58 fortlaufend die Bedrohungslage. Hochprofessionelle Täter agieren langfristig, oft mit erheblichen technischen und finanziellen Ressourcen – darunter fallen auch staatliche oder staatlich gesteuerte Akteure. Ziel solcher Angriffe ist nicht nur der reine Datendiebstahl oder die Datenver-

schlüsselung zu kriminellen Zwecken. Häufig sind Spionage, Desinformation oder die Vorbereitung späterer Sabotageakte, etwa im Bereich kritischer Infrastrukturen wie Bahn, Luftverkehr oder Seehäfen, die Motivation.

Hybride Bedrohungen kommen gut vernetzt und vielfältig orchestriert aus der analogen und der Cyberwelt.

Cyberabwehr ist Teamarbeit

Eng verzahnt arbeitet das Referat 58 mit dem Referat 55 – Informationssicherheit zusammen. Nachdem Angriffe im Referat 55 erkannt und bewertet wurden, erfolgt im Referat 58 die tiefergehende Analyse und operative Bearbeitung. Die ständige Kooperation mit dem Nationalen Cyberabwehrzentrum, anderen nationalen und internationalen Sicherheitsbehörden, Vertretern aus Wissenschaft und Wirtschaft ist dabei unabdingbar.

Gerade bei Großlagen – etwa internationalen Sportereignissen – ist diese Zusammenarbeit entscheidend. Wäh-

¹ Informationstechnik

² Gruppe von Fachleuten, die bei der Lösung von IT-Sicherheitsvorfällen unterstützt.

rend der Fußball-Europameisterschaft der Herren 2024 oder des Einsatzes NUK25³ hielten die Cyberabwehrspezialistinnen und -spezialisten der Bundespolizei ständig Einsatzkräfte bereit. Sie bewerteten Hinweise auf mögliche Cyberangriffe und leisteten bei Bedarf vor Ort „Erste Hilfe“. Ihre besondere Stärke: Die Kolleginnen und Kollegen kennen die IT-Infrastruktur der Bundespolizei bis ins Detail und können aufgrund dessen und aufgrund ihres Wissens über die Täter Bedrohungen schnell realistisch einschätzen.

Unsichtbare Erfolge

Der größte Erfolg der Cyberabwehr ist meist unsichtbar – wenn der Dienstbetrieb reibungslos weiterläuft. Allein im vergangenen Jahr gelang es, mehrere gezielte Angriffe auf die Bundespolizei zu identifizieren und abzuwehren. In einem besonders umfangreichen Fall wurde referatsübergreifend eine BAO⁴ eingerichtet. Das Ergebnis: keine Auswirkungen auf die Arbeitsfähigkeit der Bundespolizei – trotz des erheblichen Aufwands auf Täterseite.

Auch über die eigene Behörde hinaus leisten die Cyberabwehrspezialistinnen und -spezialisten Unterstützung, etwa bei Ermittlungen des Generalbundesanwalts. Ein öffentlichkeitswirksames Beispiel, wenn auch weit vor der Gründung des Referates geschehen, ist die Aufklärung des Bundestags-Hacks im Jahr 2015, bei dem unter anderem E-Mail-Postfächer bis in die höchsten politischen Ebenen öffentlich wurden.

³ Einsatz zum Schutz des Transportes von hochradioaktiven Abfällen aus Großbritannien über den niedersächsischen Hafen Nordenham in das Kernkraftwerk nach Wörth an der Isar

⁴ Besondere Aufbauorganisation



Operative Arbeit am Rechner

Solche Verfahren liefern wertvolle Erkenntnisse über Täter, Taktiken, Vorgehensweisen sowie genutzte Infrastruktur, welche dann direkt wieder in den Schutz der Bundespolizei einfließen.

Hochspezialisiert – und langfristig gedacht

Cyberabwehr ist kein Sprint. Neue Kolleginnen und Kollegen benötigen oft bis zu drei Jahre Einarbeitungszeit, um das erforderliche Spezialwissen aufzubauen. Was diese mitbringen müssen, ist Technikbegeisterung und Teamfähigkeit, Ausdauer und Interesse an komplexen Zusammenhängen.

Klar ist, Cyberabwehr ist ein Zukunftsfeld und wird für die Bundespolizei weiter an Bedeutung gewinnen. ■

Text Ronny von Bresinski



Auf den Punkt

Cyberangriffe auf eine Polizeibehörde können ihre Einsatz- und Arbeitsfähigkeit erheblich beeinträchtigen. Ziel solcher Angriffe ist nicht nur der reine Datendiebstahl oder die Datenverschlüsselung zu kriminellen Zwecken, sondern häufig sind Spionage, Desinformation oder die Vorbereitung späterer Sabotageakte die Motivation. Erfolgreich ist das hoch spezialisierte Cyberabwehr-Referat der Bundespolizei, wenn seine Arbeit nicht sichtbar ist und der Dienstbetrieb reibungslos weiterläuft.

**21. März 2013**

Bei einer Großübung am Berliner Olympiastadion kollidieren zwei Hubschrauber der Bundespolizei bei der Landung. Ein Pilot verunglückt tödlich. Drei Bundespolizeiangehörige sowie vier weitere Menschen werden durch umherfliegende Gegenstände teils schwer verletzt.

**25. November 2013**

Mit der Kampagne „Mit Sicherheit vielfältig“ geht die Karriereplattform www.komm-zur-bundespolizei.de online. Zudem ist die Bundespolizei nun mit einer Facebook-Seite in den sozialen Medien vertreten.

**1. Juli 2015**

Die Bundespolizeiinspektion Deutsche Bundesbank nimmt den Dienst auf. Fortan schützt die Bundespolizei die deutschen Goldreserven in Frankfurt am Main.

**16. Dezember 2015**

Nach den Anschlägen auf die Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ am 7. Januar 2015 in Paris (Frankreich) wird die neue „robuste Einheit“ der Bundespolizei, die BFE+, bei den Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaften der Bundesbereitschaftspolizei aufgestellt. Sie unterstützt die GSG 9 fortan bei der Terrorismusbekämpfung.

Vom Grenzjäger zum digitalen Ein- und Ausreisemanagement

Kontrollen im Wandel

Mit der Gründung des Bundesgrenzschutzes (BGS) im Jahr 1951 schuf die Bundesrepublik Deutschland eine Behörde zum Schutz der deutschen Grenzen. Seitdem entwickelten sich die Kontrollen stetig weiter – sie laufen digitaler und engmaschiger im Schengenverbund ab.

Manch einer kennt wohl noch ältere Kolleginnen und Kollegen, die alle grenzpolizeilichen Verfügungen auswendig kannten. Diese wurden in einem Ordner auf der Wache abgeheftet. Anfang der 2000er Jahre war das modernste technische Einsatzmittel der Computer mit flimmernden Röhrenmonitor. Damals wie heute ist der Grenzschutz eine der wichtigsten Aufgaben der Behörde. Allerdings haben sich die Arbeitsschritte und Aufgaben, ob im Schalter, auf der Straße, an den Seehäfen, in grenz-

überschreitenden Zügen oder in der sich anschließenden Bearbeitung auf der Wache, enorm verändert.

Anfänge

Der Schutz der Grenze erfolgte damals – wie auch heute noch – unter anderem an den Landgrenzen bis zu einer Tiefe von 30 Kilometern. Grenzjäger des BGS sicherten auch das weitläufige Gelände der innerdeutschen Grenze. Der „Bundespaßkontrolldienst“ nahm wenige Monate nach der Entstehung des BGS seine Arbeit

auf. Bis in die 1970er Jahre waren jedoch höchstens fünf Prozent der Einsatzkräfte in der Passkontrolle – im sogenannten Grenzschutzzeindienst – eingesetzt. Um gesuchte Straftäter zu fassen, nutzten sie Fahndungsbücher. Polizeiliche Abgleiche mit nationalen und internationalen Datenbanken waren nicht möglich.

Der Mauerfall am 9. November 1989 läutete eine neue Zeit für den BGS ein. Damit wurde die Kernaufgabe – der Schutz der innerdeutschen Grenze –

obsolet. Der Grundstein für neue sicherheitspolitische Aufgaben und eine gesamteuropäische Grenz-sicherung war gelegt.

Im Jahr 1995 fielen die Grenzkontrollen zunächst zwischen den Benelux-Staaten, Frankreich, Spanien, Portugal und Deutschland weg. Schrittweise wuchs die Staatengemeinschaft der sogenannten Schengen-Staaten an. Mit der großen Osterweiterung endeten im Dezember 2007 die dauerhaften Grenzkontrollen an sämtlichen deutschen Landgrenzübergängen. Die Europäisierung der Polizeiarbeit gewann zunehmend an Bedeutung.

Technische Entwicklung

Mit der Zeit veränderten sich die Kontrollen an den Grenzen. Anfang der 1990er Jahre hielt das Grenzterminalsistem Einzug. Die Passdaten konnten damit über die maschinenlesbare Zone erfasst, in eine Fahndungsmaske übertragen und elektronisch

abgefragt werden. Im Jahr 2006 folgte ein neuer Ausweisleser. Dieser griff auf Informationen einer Musterdatenbank zurück und ermöglichte es, Abweichungen von Passmustern festzustellen und Sicherheitsmerkmale zu erkennen. Die Integrierte Grenzpolizeiliche Anwendung (IGA) schaffte 2017 die Grundlage für die fortlaufende Modernisierung der Grenzkontrolle. Zwei Jahre später ebnete IGA 2.0 den Weg für die Implementierung weiterer Anwendungen, wie Passenger Name Record, kurz PNR, Entry/Exit System (EES) und European Travel Information and Authorisation System (ETIAS).

Status Quo

Seit Oktober 2025 wird in 29 europäischen Ländern schrittweise EES eingeführt.¹ Von allen Drittstaatsangehörigen werden bei der Einreise für einen Kurzaufenthalt Lichtbild, Fingerabdrücke sowie aktuelle Pass- und notwendige Visadaten gespeichert.

Die Überprüfung der Personen erfolgt in Fahndungssystemen wie dem Schengener Informationssystem (SIS) oder Visainformationssystem (VIS).

Durch die Zusammenarbeit im Schengenraum und in der EU ist die Kontrolle der Europäischen Außengrenzen verbessert worden und soll künftig durch weitere Fahndungs- und Kontrollsysteme noch effizienter und lückenloser werden.

Ausblick

Die Einführung von ETIAS steht noch bevor. Damit sind visumbefreite Drittstaatsangehörige verpflichtet, vorab eine Einreisegenehmigung zu beantragen. Diese wird durch eine zentrale Stelle der EU – und bei Auffälligkeiten durch eine nationale Zentralstelle – überprüft und abschließend über die Bewilligung oder Verweigerung der Einreise entschieden. Die Reiselegende eines Passagiers ist dann bereits vor seinem Abflug bekannt.

Voraussichtlich 2028 soll mit dem „Revised VIS“ (ReVIS) eine weiterentwickelte Version des VIS eingeführt werden. Derzeit werden lediglich Visa für den Kurzaufenthalt gespeichert. Das neue System erfasst zusätzlich Angaben zu Visa für den längerfristigen Aufenthalt sowie nationale Aufenthaltstitel. Bei der Beantragung des Sichtvermerkes wird ein Live-Gesichtsbild aufgenommen, welches die Kontrollqualität der Biometrie an der Außengrenze steigert. Datenlücken können so durch den Abgleich mit anderen Informationssystemen der EU bereits bei Visumbeantragung reduziert werden.

¹ kompakt berichtete in Ausgabe 06|2025



Das Grenzterminalsistem erleichterte ab den 1990er Jahren die Grenzkontrollen.



September 2015

Flüchtlingswelle: Die Bundespolizei stellt 2015 mehr als 865 000 Migrantinnen und Migranten fest – allein am 12. September 2015 reisen etwa 14 000 Asylsuchende ein. 81 Prozent davon erreichen Deutschland über Österreich. Die Folge: Bundesinnenminister Thomas de Maizière ordnet am 13. September 2015 Grenzkontrollen an den Landgrenzen zu Österreich und Tschechien an.



1. September 2016

Das größte Aus- und Fortbildungszentrum der Bundespolizei wird im Zuge der Ausbildungsoffensive in Bamberg eröffnet. In der Spitze werden dort bis zu 2 500 Anwärterinnen und Anwärter gleichzeitig ausgebildet.



Vernetzte EU-Datenbanken erleichtern Abfragen während der Grenzkontrolle.

Eine der wichtigsten Neuerungen für die Grenzkontrolle wird im Jahr 2028 die Interoperabilität sein. Sie ermöglicht es, bereits die vorhandenen EU-Datenbanken VIS, SIS, Eurodac² und EES sowie nach deren Einführung neu geschaffene Datenbanken wie ETIAS gemeinsam anzusteuern. Abfragen in mehreren Fahndungssystemen werden damit hinfällig.

Die „Grenzkontrolle der Zukunft“ stellt den kontrollierenden Beamtinnen und Beamten eine nahezu lückenlose und gut vernetzte Datenplattform zur Verfügung. Unerlaubte Aufenthalte, Einreisen oder andere Verstöße können damit um ein Vielfaches einfacher festgestellt und die Grenzen intensiver geschützt werden. Röhrenmonitore und Fahndungsbücher gehören der Vergangenheit an. ■

² Zentrale Fingerabdruckdatenbank der Europäischen Union

Text **Marvin Katzer**
und **Ulrike Müller**



Auf den Punkt

Der Schutz der deutschen Grenzen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Bundespolizei. Was einst mit Grenzjägern begann, ist mittlerweile ein eng verzweigtes europäisches Netzwerk der digitalen Ein- und Ausreisekontrolle.



10. November 2016

Das deutsche Generalkonsulat in Masar-e Scharif, Afghanistan, wird Ziel eines Attentats. Die Angreifer liefern sich ein Feuergefecht mit Kräften der Dienststelle Personenschutz Ausland der Bundespolizei. Während die Beschäftigten des Konsulats evakuiert werden können, kommen zahlreiche Zivilisten ums Leben.



1. August 2017

Aufgrund zunehmender nationaler und internationaler Bedrohungslagen wird die Bundespolizeidirektion 11 in Dienst gestellt. Hier sind die Spezialkräfte der Bundespolizei gebündelt: GSG 9, Polizeiliche Schutzaufgaben Ausland, Besondere Schutzaufgaben Luftverkehr, Flugdienst, Einsatz- und Ermittlungsunterstützung und Entschärfungsdienst.

Elektronische Akte in Straf- und Bußgeldsachen

Papierberge ade

Bei der Digitalisierung und Zukunftsfähigkeit der Bundespolizei muss auch der effizientere Austausch von Informationen mit anderen Behörden betrachtet werden. Tonnenweise Papierakten werden noch immer per Post zwischen Polizei und Justiz versandt. Das kostet Zeit, Geld und birgt zudem ein erhöhtes Risiko des Verlusts. 2026 wird daher flächendeckend die Elektronische Akte in Straf- und Bußgeldsachen (EAS) eingeführt.

Bereits 2017 wurde das Gesetz zur Einführung der elektronischen Akte in der Justiz und zur weiteren Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs erlassen. Drei Jahre später begannen das Bundesministerium des Innern und das Bundesjustizministerium zu planen, wie sich der elektronische Datenaustausch zwischen Polizei und Justiz technisch und organisatorisch umsetzen lässt. Ergebnis war das im Jahr 2024 in Kraft

getretene Gesetz zur weiteren Digitalisierung der Justiz. Dieses schafft unter anderem Erleichterungen bei Schriftformerfordernissen.

Im Dezember 2025 starteten vier Bundespolizeidienststellen mit der Pilotierung der EAS. Mit Echtzeiten wird die elektronische Kommunikation zwischen Justiz und Bundespolizei in Strafsachen erprobt. Bußgeldsachen

werden ebenfalls elektronisch geführt, sobald die technischen Voraussetzungen vorliegen – frühestens im dritten Quartal 2026.

Was ist neu?

Die Bearbeitung von Vorgängen erfolgt weiterhin mit der Software @rtus-Bund – allerdings bis auf wenige Ausnahmen ausschließlich in elektronischer Form. Für das Strafverfahren relevante Doku-

Polizei 20/20

Die elektronische Akte in Straf- und Bußgeldsachen ist eines der Kernvorhaben des Programms Polizei 20/20. Das Programm soll die Modernisierung und Harmonisierung der Informationstechnik (IT) der deutschen Polizei vorantreiben. Denn bisher ist die IT-Landschaft heterogen und geprägt von Eigenentwicklungen, unterschiedlichen Dateiformaten und Erhebungsregeln. Ein gemeinsames Datenhaus, in dem alle Polizeien ihre Daten verwalten können, löst diese künftig ab. Alle Polizeibeschäftigten sollen dann jederzeit und überall Zugriff auf alle Informationen haben, die sie für ihre tägliche Arbeit benötigen. Hierzu werden die Behörden untereinander digital und medienbruchfrei vernetzt. In der Praxis bedeutet dies eine einheitliche Benutzeroberfläche, die technisch alle relevanten Fachanwendungen und Datentöpfe integriert und miteinander verbindet.



mente, wie beispielsweise Sicherstellungs-, Durchsuchungs- und Vernehmungsprotokolle, werden nicht mehr ausgedruckt und unterschrieben. Auch Strafanträge müssen nicht mehr händisch signiert werden – es genügt, den Willen des Berechtigten im Vorgang zu dokumentieren. Gedruckt werden nur noch Dokumente, die anderen Personen ausgehändigt werden müssen. Sobald Anhörbögen unterschrieben eingehen, werden sie – aufgrund der gesetzlichen Vorgabe einer elektronischen Signatur – durch die zuständigen Stellen ersetzend eingescannt und dem @rtus-Vorgang als Aufzeichnung beigelegt.

Formulare, Dokumente und Aufzeichnungen, die im @rtus-Vorgang angelegt werden, sind sinnvoll und eindeutig zu benennen, um die später erforderliche Sortierung und inhaltliche Zuordnung durch die Justiz sicherzustellen. Während bislang mehrere Dokumente mit dem Titel „Blankobericht“ erfasst wurden, sind diese künftig beispielsweise als „Vermerk Telefonat Staatsanwaltschaft“ umzubenennen. Nach Übertragung der Hauptakte an die

Justiz wird diese auch weiterhin für die Anwenderinnen und Anwender der Bundespolizei sichtbar sein. Bereits übermittelte Inhalte können nicht mehr geändert werden – Ergänzungen sind jedoch jederzeit möglich. Sofern seitens der Justiz Schriftstücke per EAS an die Bundespolizei übermittelt werden, beispielweise zusätzliche Ermittlungsaufträge, werden diese in der Akte gespeichert und als „Neueingang“ gekennzeichnet.

Während der Pilotierungsphase sollen die Geschäftsprozesse erprobt und noch offene Fragen beantwortet werden. Bereits jetzt zeigt sich aber, dass mit der Einführung der EAS ein wichtiger Meilenstein für einen zukunftsfähigen Informationsaustausch gelegt ist. ■

Text Heike Bremer



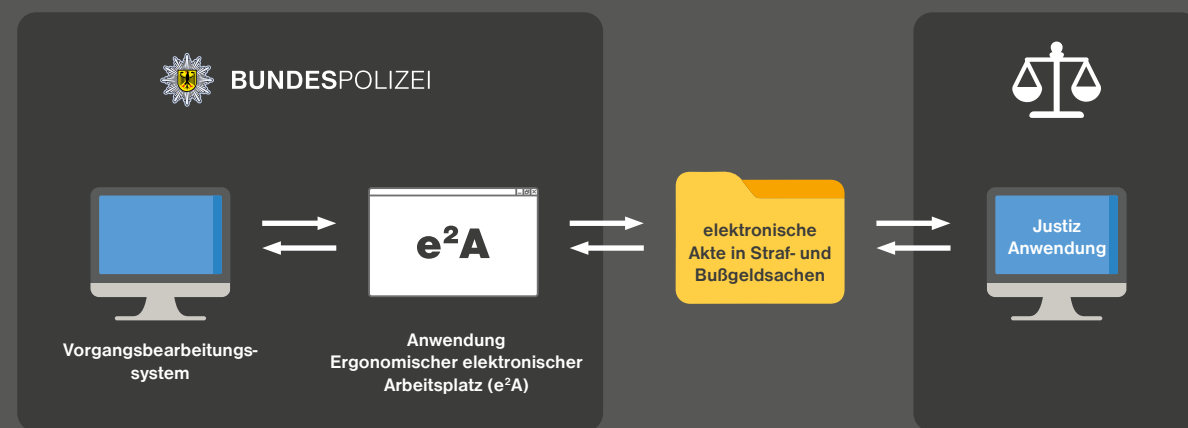
Der Versand von Papierakten per Post gehört der Vergangenheit an.



Auf den Punkt

Im Jahr 2026 wird die Elektronische Akte in Straf- und Bußgeldsachen flächendeckend eingeführt. Die Kommunikation zwischen Polizei und Justiz wird damit digitalisiert und Papierakten gehören künftig der Vergangenheit an.

Einfache Zusammenarbeit und Austausch von Akten



16. März 2020

Aufgrund der rasanten Ausbreitung des Corona-Virus verhängt die Bundesregierung einen Einreisestopp für Drittstaatsangehörige. In der Folge ändern sich nahezu wöchentlich die Einreisebestimmungen. Dies erschwert den Einsatz an der Grenze unter Pandemiebedingungen weiter und lässt die Bürgeranfragen an die Bundespolizei von 206 450 im Jahr 2019 auf 1 530 148 im Jahr 2020 ansteigen.



Dezember 2020

Am 26. Dezember 2020 beginnen die Covid-19-Impfungen in Deutschland. Die Transporte der Impfstoffe in die Zentrallager der Länder werden von Bundespolizistinnen und Bundespolizisten begleitet.

Kolumne

Vom Stahlhelm zur Zukunft



Text Heike Bremer

Die Autorin (47) ist Leiterin des Ermittlungsdienstes der Bundespolizeiinspektion Berlin-Ostbahnhof und seit 2019 Redakteurin der **kompakt**.

In dieser Kolumne versuche ich, einen Blick in die Zukunft der Bundespolizei zu werfen. Dafür habe ich Künstliche Intelligenz (KI) genutzt und vorab konkrete Angaben zu Thema, Textumfang und Schreibstil gemacht. Die Entwürfe konnte ich durch zusätzliche Eingaben weiterentwickeln.

75 Jahre sind in der Geschichte einer Behörde eine lange Zeit – und zugleich ein Wimpernschlag, wenn man bedenkt, wie sehr sich Deutschland, Europa und die Welt verändert haben. 75 Jahre Bundespolizei – das ist nicht nur ein Jubiläum, das ist eine Verwandlung.

Früher wurde Ordnung nicht nur gesichert, sondern auch demonstriert. Aus dem ehemaligen Bundesgrenzschutz spricht bis heute ein Echo von Schutzbereitschaft und Disziplin. Damals war die Welt in Blöcke aufgeteilt. Grenzen waren nicht nur Linien auf Karten, sondern politische Fronten. Der Auftrag war robust, die Bilder sind es auch: geschlossene Einheiten, Männer mit schwerer Ausrüstung, ein Verständnis von Sicherheit, das stark von „Halten“ und „Abwehren“ geprägt war.

Die Gegenwart ist leiser und zugleich komplexer. Bedrohungen tragen heute selten Uniform. Sie kommen als gefälschte Identität, als Drohne über kritischer Infrastruktur, als Cyberangriff oder als gezielte Desinformation. Grenzen sind weiterhin real, verlaufen aber zusätzlich durch Netze, Lieferketten und Systeme. Die Entwicklung geht weg von der Vorstellung, dass Sicherheit vor allem eine Frage von Masse und Material ist. Vielmehr überwiegt die Erkenntnis, dass sie aus Information, Kooperation und Prävention entsteht.

Wenn ich mir die Bundespolizei in 75 Jahren vorstelle, sehe ich keine bis an die Zähne bewaffneten Roboter, die flächendeckend Streife laufen. Ich sehe leichtere und klüger konstruierte Uniformen. Nasserresistente Stoffe, die Wärme ausgleichen und Kälte abpuffern. Westen, die nicht nur schützen, sondern entlasten. Mit integrierter medizinischer Soforthilfe. Keine „Rüstung“. Eher Hochleistungs-Arbeitskleidung. Ich sehe Ausrüstung, die weniger „hart“ aussieht, aber mehr kann. Ein Visier – transparent und unauffällig. Wenn es darauf ankommt, blendet es Informationen

ein: Übersetzungen in Echtzeit, Warnhinweise, Wegführung, Einsatzprotokolle. Die Fahrzeuge stelle ich mir leiser, vernetzter und energieautark vor. Ich sehe mobile Kontrollstellen, die sich entfalten wie ein Werkzeugkoffer: Kommunikationsknoten, eigener Strom, Satellitenlink. Alles da, alles schnell. Ich sehe Kommunikationstechnologie, die den Funkeinstieg „Frage Verständigung?“ so historisch klingen lässt wie – Wählscheiben-Telefone.

Und dann sehe ich das Echtzeit-Lagebild. Nicht als Datenfriedhof, sondern als Entscheidungshilfe. Eine KI, die nicht kommandiert, sondern sortiert. Sie sagt: „Das hier ist wahrscheinlich relevant. Das hier ist vermutlich nur Rauschen.“ Die Technik als zweite Stimme im Ohr. Nicht als Ersatz für Erfahrung, sondern als Verstärker.

Je smarter die Technik, desto wichtiger wird der Mensch. Weil Werte nicht programmiert werden können, wie ein Update. Weil Verhältnismäßigkeit keine Checkbox ist. Und weil Vertrauen nicht aus einem Algorithmus kommt, sondern aus Verhalten.

Ich hoffe, die Bundespolizei der Zukunft wird nicht nur digitaler, sondern transparenter. Denn in einer Welt, in der alles messbar scheint, wird das Unmessbare zum Kern: Glaubwürdigkeit. Haltung. Augenmaß. Und genau da schließt sich für mich der Kreis zu unserem Jubiläum. Früher war Sicherheit eine Demonstration. Heute ist sie oft ein Dienst. Und morgen wird Sicherheit eine Fähigkeit sein: Informationen verstehen, Risiken

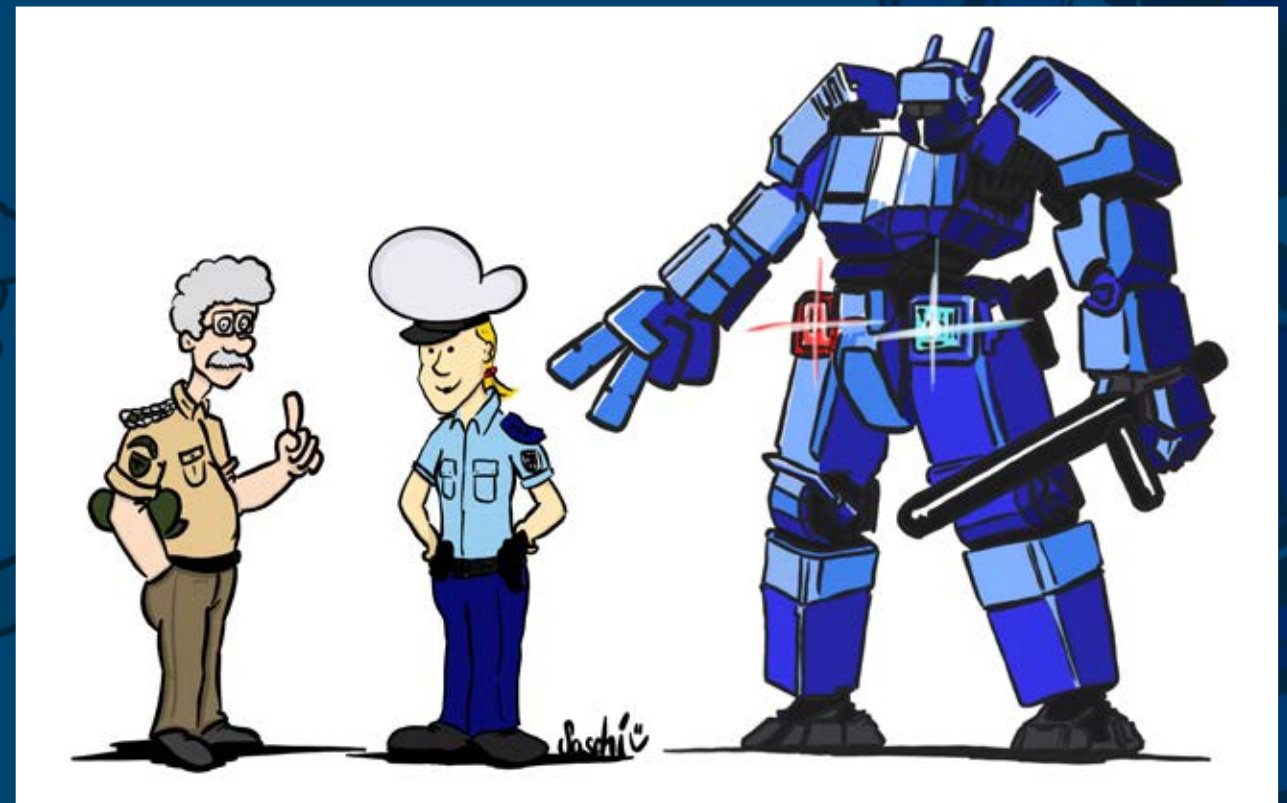
erkennen, partnerschaftlich handeln – und trotzdem, wenn nötig, auch entschlossen handeln.

Vielleicht ist das die schönste Pointe dieses Jubiläums: Die Bundespolizei ist nicht „fertig“. Sie ist in Bewegung. Mit Technik, ja. Aber vor allem mit Menschen.

Die Arbeit mit KI war interessant. Mich hat beeindruckt, wie schnell Texte

entstehen und überarbeitet werden können. Der eigene Stil geht jedoch völlig verloren. Man merkt, dass dies nicht die Gedanken eines Menschen sind. Für diese Zeitschrift ist KI-basiertes Schreiben wohl (noch) keine Alternative. ■

Karikatur



Sascha Günther



November 2021

Die Bundespolizei beginnt mit der Identifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit einem besonderen Talent: sogenannte Super-Recogniser. Nur etwa ein Prozent der Bevölkerung verfügt über diese ausgeprägte Fähigkeit, Gesichter wiederzuerkennen, auch wenn sich das äußerliche Erscheinungsbild der Person verändert hat.



24. Februar 2022

Russland überfällt die Ukraine. Bis November 2022 flüchten knapp acht Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer vor dem Angriffskrieg ins Ausland – über eine Million dieser Menschen kommt nach Deutschland. Die ersten von ihnen erreichen bereits am 25. Februar 2022 die Bundesgrenze, wo Bundespolizistinnen und -polizisten oft ihr Erstkontakt sind.

Nicht nur ein Grund zum Feiern!

Das 75. Jubiläum

2026 ist für die Bundespolizei ein besonderes Jahr. Unter dem Motto „Sicherheit seit 1951“ feiert die Organisation ihr 75-jähriges Bestehen. Aus dem ehemaligen Bundesgrenzschutz hat sich eine moderne und vielseitige Polizeibehörde entwickelt, die einen unverzichtbaren Beitrag zur Sicherheit in Deutschland leistet. Das Jubiläumsjahr steht daher nicht nur im Zeichen des Feierns, sondern würdigt auch die Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Und das wird weithin sichtbar: Über das gesamte Jahr hinweg wird das Logo „75 Jahre Bundespolizei“ zu sehen sein – ob auf Druckerzeugnissen, im Schriftverkehr oder auf den Einsatzfahrzeugen. Mit zahlreichen Veranstaltungen und Aktionen feiert die Bundespolizei zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes.

Wann, was, wo

Der Auftakt ist anlässlich der Geburtsstunde des Bundesgrenzschutzes am 16. März am Hauptbahnhof in

Potsdam geplant. Die Deutsche Bahn AG präsentiert einen ICE und die Verkehrsbetriebe Potsdam eine Straßenbahn – beide im „75 Jahre Bundespolizei“-Design. Der ICE wird das gesamte Jahr über im Bundesgebiet unterwegs sein.

Am 12. Juni 2026 findet in der Metropolis-Halle des Filmparks Babelsberg in Potsdam der zentrale Festakt statt. Einen Tag später spielen die drei Bundespolizei-Orchester aus Berlin, Hannover und München im Rahmen

ihrer „75-Jahre-Tournee“ gemeinsam auf einer Bühne. Für alle, die nicht dabei sein können, überträgt Radio Potsdam ab 20 Uhr live.

Der Sender strahlt zudem von März bis Juli das Format „Radio Potsdam im Einsatz – Bundespolizei hautnah“ aus. Ab dem 20. März wird an den insgesamt 17 folgenden Freitagen jeweils eine Dienststelle vorgestellt und über den polizeilichen Alltag berichtet.

Bürgerfest

Am 13. und 14. Juni lädt die Bundespolizei zum Bürgerfest in den Filmpark Babelsberg in Potsdam ein. An beiden Tagen können sich Interessierte von der Vielseitigkeit der Behörde überzeugen.

Neben den Attraktionen des Parks erwartet die Gäste eine Beteiligung des Flugdienstes und der GSG 9 an der Stuntshow sowie eine Walking-Act-Parade. Angeführt von einer Marching Band, einigen alten Fahrzeugen und verschiedenen Maskottchen heißt die Bundespolizei alle Besucherinnen und Besucher herzlich willkommen. In einem begehbaren Museum lässt sich zudem auf einer Fläche von 8 500 Quadratmetern die Entwicklung



In der Metropolis-Halle Potsdam ist der zentrale Festakt geplant.



Fallschirmsprung der GSG 9 zum 75-jährigen Jubiläum

der Bundespolizei nachvollziehen. Von dem ersten Führungsfahrzeug aus dem Jahr 1951 bis hin zum Hubschrauber Super Puma können zahlreiche aktuelle und historische Einsatzmittel und Fahrzeuge besichtigt werden.

Im Potsdamer Hafen, gegenüber der Anlegestelle der „Weißen Flotte“, ankert unter anderem ein Kontroll- und Einsatzboot der Bundespolizei See und kann auch besichtigt werden. Das Museumsschiff „Europa I“ bietet zudem Hafenrundfahrten an. Zwischen den Veranstaltungsorten pendeln Großraumbusse, um die Besucher sicher ans Ziel zu bringen.

Bundesweite Feiern

Neben dem zentralen Festakt sind zahlreiche regionale Veranstaltungen und Projekte in den Bundespolizeidirektionen und der Bundespolizeiakademie geplant.

Die Bundespolizeiakademie öffnet am 30. Mai ihre Türen und lädt

Interessierte in die Geburtsstätte des Bundesgrenzschutzes ein. Vor genau 75 Jahren fand der Einzug der ersten 1 800 Grenzschützer in Lübeck statt.

Die Gemeinde Schlagsdorf (Mecklenburg-Vorpommern) richtet Ende Mai in Kooperation mit der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt ein Bürgerfest mit Blaulichtmeile aus. Unter dem Motto „Wendepunkt vom Bundesgrenzschutz zur Bundespolizei“ lädt der Ort am 2. Juni außerdem zum Sommerfest mit BBQ und Jazz-Musik ein. Gäste aus Politik, Behörden und Organisationen werden erwartet.

Anfang Juli feiert auch die Bundespolizeiabteilung Deggendorf ihr 75-jähriges Bestehen über vier Tage. Neben Festakt und Konzert in der Stadthalle können Interessierte bei einem Tag der offenen Tür die Dienststelle besuchen.

Im August lädt die Bundespolizeidirektion Koblenz zu einem Familienfest und einer „Streetfood-Meile“ ein.

Der aktuelle Veranstaltungsplan kann im Intranet und auf der Website der Bundespolizei eingesehen werden.

Ausklang

Den Abschluss des Jubiläumsjahres bildet ein vorweihnachtliches Konzert in der Sankt Nikolaikirche in Potsdam Ende November. Ein ruhiger und besinnlicher Ausklang des Jubiläumsjahres.

Ob in Potsdam, bei einer regionalen Veranstaltung oder als Zuhörerinnen oder Zuhörer im Radio: Lasst uns zusammen 75 Jahre Bundespolizei feiern. Der tägliche Einsatz der Kolleginnen und Kollegen, ihre Professionalität und ihr Engagement bilden das Fundament der Behörde. Gemeinsam schreiben wir die Geschichte der Bundespolizei fort. ■

Text **Tim Kotter**



75-Jahre-Logo wird auf Dienstfahrzeuge aufgebracht.



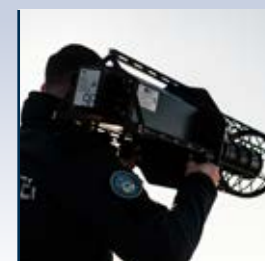
Juni und Juli 2024

Fußball-Europameisterschaft der Herren in Deutschland: Bis zu 22 000 Kräfte schützen zeitgleich die Grenzen und Bahnhöfe der Spielorte – der bisher größte Einsatz der Bundespolizei seit ihrer Gründung als BGS.



Oktober 2025

Europaweite Inbetriebnahme des Entry/Exit Systems: Die elektronische Erfassung der Ein- und Ausreisenden an den europäischen Außengrenzen ersetzt das Stempeln. Schrittweise wird das neue System an den Flug- und Seehäfen eingeführt.



Dezember 2025

Aufgrund der steigenden Bedrohung durch unbemannte Flugobjekte stellt die Bundespolizei eine Drohnenabweereinheit in Dienst und Bund und Länder eröffnen ein Gemeinsames Drohnenabwehrzentrum.



3. Januar 2026

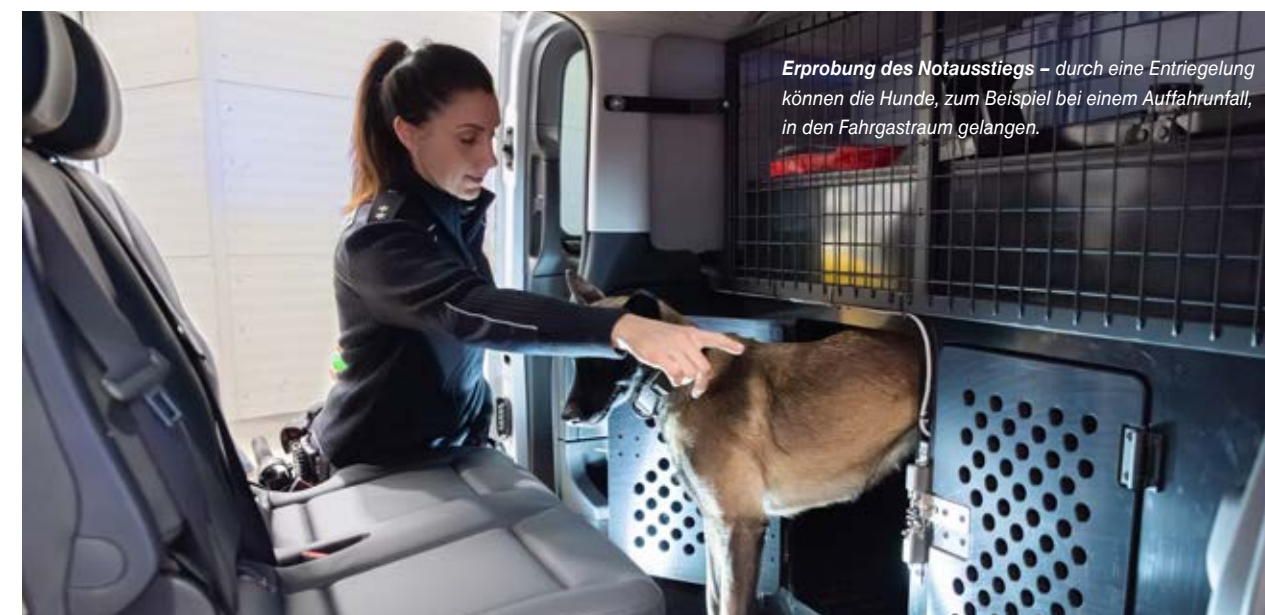
Ein Brandanschlag führt in Berlin zum längsten Stromausfall der Nachkriegsgeschichte. Die Bundespolizei unterstützt mit über 400 Polizeikräften, Hubschraubern, Lichtmastanhängern, Diensthunden und Polizeipferden.



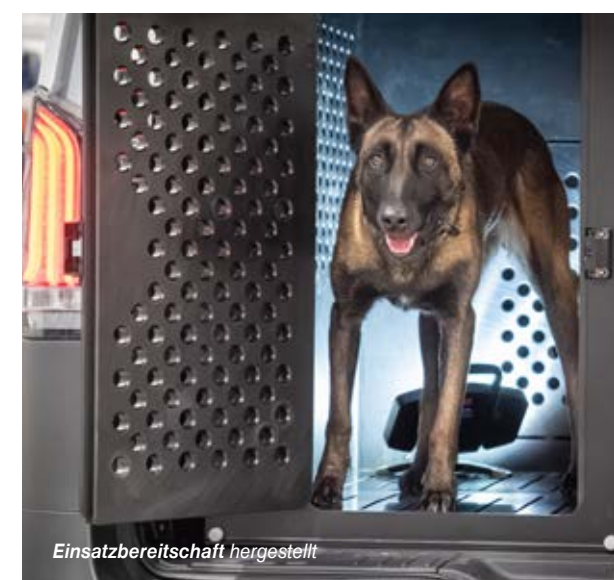
Bilderstrecke

Hundekraftwagen

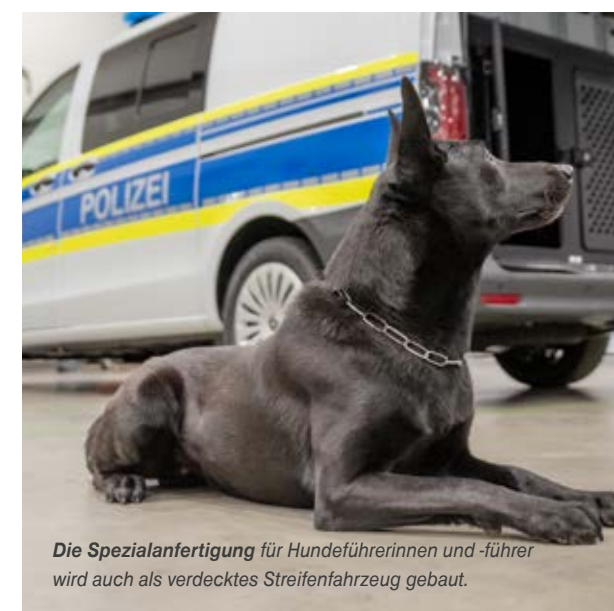
Die neuen Hundekraftwagen der Bundespolizei bieten mehr Komfort, Sicherheit sowie Platz für Mensch und Tier. Die Kleintransporter werden sowohl als polizeilich erkennbare sowie verdeckte Streifenfahrzeuge gebaut.



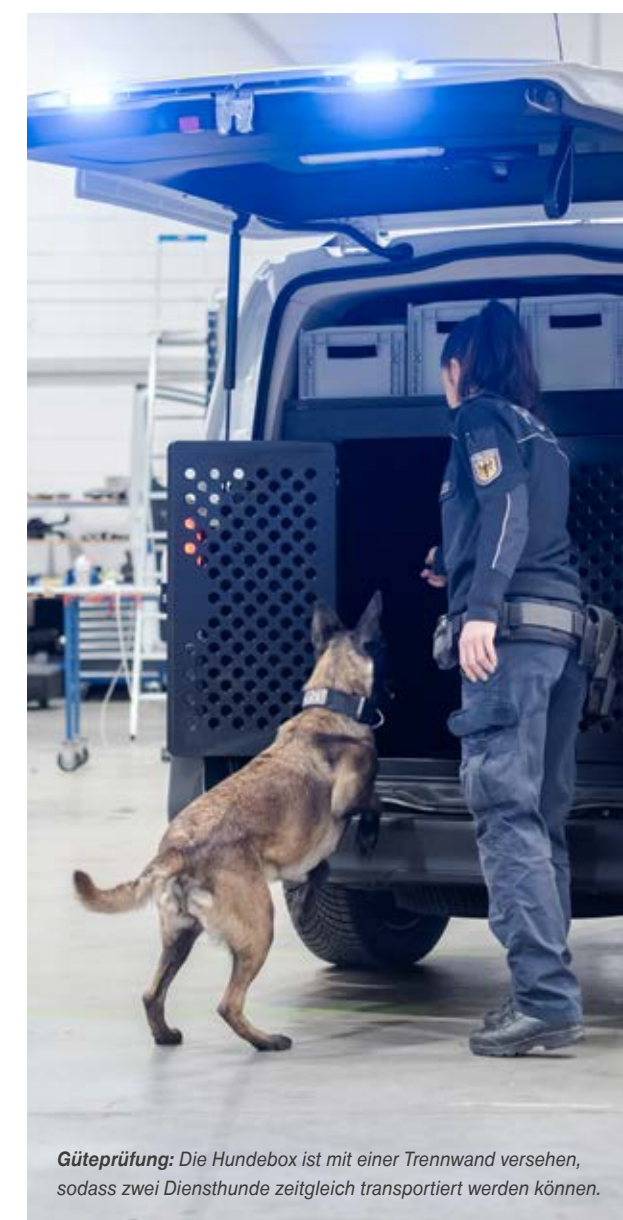
Erprobung des Notausstiegs – durch eine Entriegelung können die Hunde, zum Beispiel bei einem Auffahrunfall, in den Fahrgastraum gelangen.



Einsatzbereitschaft hergestellt



Die Spezialanfertigung für Hundeführerinnen und -führer wird auch als verdecktes Streifenfahrzeug gebaut.



Güteprüfung: Die Hundebox ist mit einer Trennwand versehen, sodass zwei Diensthunde zeitgleich transportiert werden können.



Startklar: Das Fahrverhalten des Hundekraftwagens wurde auf der Steilkurve überprüft.



Ein Blick sagt alles.



Prüfung auf Herz und Nieren: In den Kisten oberhalb der Hundeboxen kann Ausstattung – beispielsweise Leinen, Halsbänder, Futter oder Triebspielzeug – transportiert werden.



Der Klapptisch ist aufgrund der zweiten Schiebetür an die Rückenlehne der Doppelsitzbank montiert.



Funktionskontrolle der Ausstattung: Das Fahrzeug verfügt im Vergleich zum Vorgänger im hinteren Bereich über eine Klimaanlage für die Diensthunde und zwei Schiebetüren im Fond.

Abschied

Dekan **Thomas Gregorius**

„Mitten im Leben sind wir vom Tod umfungen.“ Die Zeile aus einem alten gregorianischen Choral kommt mir in den Sinn, wenn mich eine Todesnachricht erreicht. Die Zeit scheint kurz stehenzubleiben, bevor wir beginnen zu begreifen, dass ein Mensch gegangen ist. Wir werden mitten aus unserem Alltag gerissen – das Sein oder Nicht(mehr)-Sein wird plötzlich zum Wesentlichen.

Auch 2025 mussten wir Abschied nehmen von Angehörigen der Bundespolizei, die im aktiven Dienst verstorben sind. Es ist gute Tradition, dass wir ihrer zu Beginn des neuen Jahres gedenken.

Der Verlust schmerzt. Die Lücke ist da. Der Schreibtisch bleibt leer. Der Name an der Tür verschwindet. Was kann uns trösten?

Die Erinnerungen: Mit den Namen unserer Verstorbenen verbinden wir gemeinsam Erlebtes. Erinnern wird sich dabei eine jede und ein jeder aus ihrer beziehungsweise seiner Perspektive. Dankbar dürfen die Familien, Angehörigen, aber auch wir als Kolleginnen und Kollegen für all das Gute sein, das wir von denen, die von uns gegangen sind, erfahren haben.

Der Tod ist das Ende des Lebens. Der Tod ist eine Zumutung. Denn

was nach dem Sterben mit uns passiert, wissen wir nicht.

Aber wir dürfen glauben: Als Christinnen und Christen hoffen wir auf eine Perspektive über den irdischen Tod hinaus. Das gibt uns Mut – im Leben wie im Sterben. Uns wird hier etwas „zugemutet“: Jesus gibt uns die Zusicherung, dass dem Tod nicht das letzte Wort gehört. ■

Wir gedenken unserer im vergangenen Jahr im aktiven Dienstverhältnis verstorbenen Kolleginnen und Kollegen.

Polizeihauptmeister Mike Uhlemann im Alter von 57 Jahren	Polizeihauptkommissar Sven Siemoneit im Alter von 57 Jahren	Polizeihauptkommissar Josef Martin Kerscher im Alter von 52 Jahren	Tarifbeschäftigte Martina Michaela Fehn im Alter von 56 Jahren
Erster Polizeihauptkommissar Julijan Marius Klinger im Alter von 53 Jahren	Regierungsamtsinspektor Peter Klein im Alter von 63 Jahren	Polizeihauptkommissarin Janina Sophia Angelika Differenz im Alter von 44 Jahren	Polizeioberkommissar Torsten Kurt Gebhardt im Alter von 52 Jahren
Tarifbeschäftigte Anja Christel Anneliese Jantzen im Alter von 58 Jahren	Polizeioberkommissar Dominique Brumeisl im Alter von 51 Jahren	Polizeimeister Daniel Ritter im Alter von 24 Jahren	Polizeihauptmeister Carsten Schackow im Alter von 61 Jahren
Polizeihauptmeister Joachim Heiner Boesen im Alter von 61 Jahren	Polizeihauptmeister André Roland Theumer im Alter von 61 Jahren	Polizeihauptmeister Frank August im Alter von 61 Jahren	Leitender Polizeidirektor Torsten Hallmann im Alter von 57 Jahren
Polizeihauptmeister Klaus Fuchs im Alter von 54 Jahren	Polizeikommissar Markus Peter Böhm im Alter von 34 Jahren	Polizeihauptkommissar Veit Hagen Jens Weidlich im Alter von 59 Jahren	Polizeihauptkommissar Michael Hoffmann im Alter von 56 Jahren
Tarifbeschäftigter Bernd Brostmeyer im Alter von 58 Jahren	Polizeikommissaranwärter Justus Dittmar im Alter von 22 Jahren	Polizeihauptmeister Rainer Kuhn im Alter von 58 Jahren	Polizeihauptmeister Hans-Ulrich Krug im Alter von 60 Jahren
Erster Polizeihauptkommissar Jens Matthias Helle im Alter von 61 Jahren	Polizeihauptmeister Hans Georg Manglkrammer im Alter von 61 Jahren	Regierungssekretärin Olga Konrad im Alter von 47 Jahren	Regierungshauptsekretär Markus Peter Saalfrank im Alter von 50 Jahren
Polizeihauptkommissar Frank Rieper im Alter von 60 Jahren	Regierungsoberamtsrat Hans-Peter Andreas Engert im Alter von 63 Jahren	Polizeihauptkommissar Kai Friedrich im Alter von 54 Jahren	Tarifbeschäftigte Gabriela Gladasch im Alter von 63 Jahren
Tarifbeschäftigter Kurt Josef Eichinger im Alter von 62 Jahren	Polizeihauptkommissar Heiko Winter im Alter von 56 Jahren	Polizeihauptmeister Jens Riedel im Alter von 55 Jahren	Polizeihauptkommissar Thomas Protz im Alter von 61 Jahren
Tarifbeschäftigter Norbert Koch im Alter von 58 Jahren	Polizeihauptmeisterin Sarah Meyer im Alter von 26 Jahren	Tarifbeschäftigte Annika Heinsch im Alter von 36 Jahren	Tarifbeschäftigter Goran Viljusic im Alter von 39 Jahren
Polizeihauptmeister Michael Wenk im Alter von 61 Jahren	Regierungsamtsinspektorin Nicole Gehrmann im Alter von 49 Jahren	Tarifbeschäftigter Daniel Przybyl im Alter von 61 Jahren	Polizeioberkommissar Ulrich Fastenau im Alter von 54 Jahren
Regierungsoberinspektorin Christin Deodat im Alter von 34 Jahren	Tarifbeschäftigter Dirk Hechler im Alter von 61 Jahren	Polizeihauptmeister Carsten Weller im Alter von 61 Jahren	Tarifbeschäftigter Volker Zellmer im Alter von 62 Jahren
Tarifbeschäftigter Steffen Krajak im Alter von 61 Jahren	Polizeihauptmeister Volker Eduard Spies im Alter von 60 Jahren	Polizeimeisteranwärter Johannes Hendrik Schön im Alter von 23 Jahren	Erster Polizeihauptkommissar Rainer Udo Seebacher im Alter von 61 Jahren
Polizeihauptmeister Jens Wurzer im Alter von 61 Jahren	Polizeihauptmeister Andreas Jürgen Arnold im Alter von 43 Jahren	Tarifbeschäftigter Armin Bettner im Alter von 57 Jahren	
Erste Polizeihauptkommissarin Sandra Edith Vogt im Alter von 48 Jahren	Polizeihauptkommissar Michael Helmut Geisenhainer im Alter von 58 Jahren	Polizeioberkommissar Marcus Heinz Gerd Breuer im Alter von 61 Jahren	

Unser Kollege

Ausdauer, Disziplin, Zielstrebigkeit – der Zugspitz Ultratrail

Toni (39), Angehöriger der Bundespolizei-
inspektion Kriminalitätsbekämpfung München

Schon immer zog es Toni in die Berge und bereits in seinen Zwanzigern lief er mehrere Marathons. Was zunächst als Ausgleich zum Dienst begann, entwickelte sich bald zu einem strukturierten Trainingskonzept mit klaren Zielen. Ab 2021 fokussierte er sich auf das Trailrunning¹ und verlagerte sein Training zunehmend in die Alpen. Jahr für Jahr steigerte er sein Laufpensum und seine Leistung. 2025 startete er bei Deutschlands größtem Trailrunning-Event, dem Zugspitz Ultratrail.

106 Kilometer, über 5 300 Höhenmeter, Hitze am Tag, Kälte in der Nacht – der Zugspitz Ultratrail ist eine der anspruchsvollsten Laufveranstaltungen Europas. Für Toni war es die bisher größte sportliche Herausforderung. Mehr als 40 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mussten aufgeben – er erreichte das Ziel.

Langfristige Planung

Unregelmäßige Dienstzeiten und wechselnde Einsatzlagen lassen kaum Raum für eine konstante Trainingsroutine. Ein Problem, das Profisportlerinnen und -sportler nicht kennen. Toni stimmt daher sein Training präzise auf den Dienst ab. „Selbst im Einsatz kann ich noch gewisse Einheiten absolvieren, auch wenn das bedeutet, am frühen Morgen oder spät am Abend zu laufen“, sagt Toni. „Egal, ob ich ein Work-out auf dem Hotelzimmer mache oder laufen gehe, wichtig für mich ist, dass ich jede freie Sekunde konsequent nutze.“

Gemeinsam stark

Bei so einer extremen Belastung müssen Sportlerinnen und Sportler schon Tage vorher ihre Ernährung umstellen, um die Energiespeicher zu füllen. Während des Wettkampfs am höchsten Berg Deutschlands geriet Toni früh an seine Grenzen. „Schon nach 25 Kilometern war der Lauf eigentlich zum Scheitern verurteilt“, erzählt er. Magenprobleme, Erbrechen und der daraus resultierende Leistungsverlust forderten seinen gesamten Körper. Erst in der zweiten Hälfte konnte er sich stabilisieren und Essen zu sich nehmen. Die Belastung aber blieb hoch.

Bei Kilometer 86 kam dann der zweite große Leistungseinbruch. „Ich habe es nicht mehr geschafft, meinen Energiespeicher aufzufüllen. Ohne extreme Willenskraft hätte ich das Rennen nicht zu Ende bringen können“, sagt der 39-Jährige. Zu seiner schlechten körperlichen Verfassung kam an dem sonnigen Junitag mit fortschreitender Uhrzeit die Hitze.

Nach 17 Stunden und 49 Minuten überquerte Toni völlig erschöpft, aber beseelt die Ziellinie. „Nur dank meines Laufpartners, der mich Meter für Meter neu motivieren konnte, habe ich es geschafft.“

Reine Kopsache

Toni geht es nicht nur um die Distanz. Ihn motivieren vielmehr die Fragen: Wie weit kann ich gehen und wie stark kann ich meinen Körper belasten, bevor er kapituliert? Das trieb ihn bei jedem seiner Rennen an. Die zuvor längste Distanz absolvierte Toni beim Trail in Oslo, wo er sich 80 Kilometern und 3 000 Höhenmetern stellte.

Sein Ziel war es, endlich die 100-Kilometer-Grenze zu knacken. Nicht nur für seinen Kopf, sondern auch, da dies die Voraussetzung für eine Bewerbung auf ein 100-Meilen-Rennen ist. „Das würde ich am liebsten irgendwo bestreiten, wo es ein paar

¹ Langstreckenlauf abseits asphaltierter Straßen



Stark beansprucht: Körper und Material



Zieleinlauf nach 17 Stunden und 49 Minuten

Grad kälter ist, damit mich die Hitze nicht stoppen kann“, fügt er augenzwinkernd hinzu.

Doch wie übersteht man solche Strecken? Wie kann es sein, dass manche Menschen scheinbar mit Leichtigkeit Distanzen zurücklegen, bei denen anderen schon die reine Kilometerzahl Ehrfurcht einflößt?

Für Toni ist es die mentale Stärke, die den Unterschied zwischen Erfolg und Scheitern ausmacht. Es geht darum,

den Moment zu finden, in dem man am liebsten aufgeben möchte, und ihn zu überwinden. Das mentale Training ist daher mindestens so wichtig, wie die körperliche Vorbereitung. „Auch wenn ich kriechend oder rückwärts die Ziellinie passiere, es geht um die 100. Das ist die Zahl, die fallen muss!“, ergänzt Toni.

Die Frage nach der eigenen Grenze aber bleibt: Wo ist das Ende? Wie weit kann ich gehen? Für Toni bleibt sie bislang unbeantwortet.

Toni möchte Kolleginnen und Kollegen motivieren, sportlich aktiv zu bleiben und körperliche Fitness als festen Bestandteil der eigenen Einsatzfähigkeit zu verstehen. Ob es die 111 Runden nach Dienstschluss auf der Tartanbahn sind oder die Faszination, mit der Toni über seinen Sport spricht – die Motivation für das Laufen springt über. So ist es auch nicht verwunderlich, dass er bereits mehrere Kollegen dazu bewegen konnte, ihren ersten Marathon zu absolvieren. ■

Text Benjamin Koenig



Vater und Tochter sorgen für mehr Sicherheit am Bahnhof Neumünster

Gemeinsam stark

Früher drehten sich Dönerspieße in dem kleinen Pavillon am Bahnhof Neumünster. Heute arbeiten hier Angehörige der Landes- und Bundespolizei gemeinsam unter einem Dach – in einer bislang einmaligen Polizeiwache ihrer Art in Schleswig-Holstein. Vorbild war eine ähnliche Dienststelle am Hamburger Hauptbahnhof, die es bereits seit mehr als 20 Jahren gibt und deren Erfahrungen in das Pilotprojekt eingeflossen sind.

Rund um den Bahnhof Neumünster kam es in den vergangenen Jahren immer wieder zu Gewalttaten. Die Stadt Neumünster stand mit der Landes- und Bundespolizei im ständigen Austausch, um diesen Einhalt zu gebieten. Schnell war die Idee einer gemeinsamen Sicherheitswache geboren und im November 2025 in die Tat umgesetzt. Die Stadt stellt den Pavillon den Sicherheitsbehörden als Anlaufstelle mietfrei zur Verfügung. Seitdem beantworten hier Landes- und Bundespolizistinnen und -polizisten Bürgeranfragen zur öffentlichen Sicherheit und nehmen unter anderem Anzeigen auf.

Von der Bundespolizei übernahm Wolfgang Koll die erste Schicht in der neu eingerichteten Wache. Der 55-Jährige ist allerdings nicht der Einzige aus der Familie Koll, der seinen Dienst künftig dort versehen wird. Er kann sich mit Tochter Kristin nun den Weg zur Arbeit teilen. Die 28-Jährige ist Landespolizistin in Schleswig-Holstein. Fortan sind beide nicht nur im Privaten gemeinsam stark, sondern sorgen zusammen auch dienstlich für mehr Sicherheit.

Ihre Wege zur Polizei hätten dabei nicht unterschiedlicher sein können. Wolfgang Koll begann 1988 gleich nach seinem Schulabschluss als 17-Jähriger eine Ausbildung beim Bundesgrenzschutz in Lübeck. Mit deren Bestehen ging es für ihn zunächst zur Technischen Hundertschaft Lübeck und 1995 zum grenzpolizeilichen Einzeldienst in Kiel. Nach der Neuorganisation der Bundespolizei im Jahre 2008 fand er sich im Bundespolizei-

revier Neumünster wieder. Die folgenden Jahre waren geprägt von der Tätigkeit am Bahnhof Neumünster, dem Aufstieg in den gehobenen Dienst und vielen internationalen Einsätzen. Diese führten ihn als grenzpolizeilichen Unterstützungsbeamten oder als Sicherheitsinterviewer anlässlich humanitärer Aufnahmeverfahren ins europäische und nichteuropäische Ausland.

Kristin Koll hingegen absolvierte nach ihrem Abitur zunächst eine Ausbildung zur Groß- und Außenhandelskauffrau. Doch es waren Eigenschaften wie Verlässlichkeit, die Bereitschaft, zuzuhören, für andere da zu sein und sie zu unterstützen, die ihr Interesse am Beruf der Polizistin weckten. Ihr Vater war ihr dabei stets ein Vorbild, sodass sie in seine Fußstapfen treten wollte. So beendete Kristin Koll 2022 ihre Anstellung in einem angesehenen Unternehmen in Neumünster und begann mit Leidenschaft die Ausbildung bei der Landespolizei Schleswig-Holstein.

„Ihrer Entscheidung, Polizistin zu werden, habe ich zunächst mit Skepsis entgegengesehen“, sagt Wolfgang Koll. „Die mitunter zunehmende Respektlosigkeit und Verrohung in Teilen der Gesellschaft sind nicht unbedingt die Seiten des Lebens, die man als Vater seiner Tochter wünscht. Aber ich habe ihre Gefühle ernst genommen, ihren Entschluss akzeptiert und sie in jeder Hinsicht unterstützt. Heute weiß ich, dass ihre Entscheidung die Richtige

war und bin super stolz auf sie“, so Wolfgang Koll weiter.

Seit Beendigung der Ausbildung ist Kristin Koll Angehörige des 2. Polizeireviers Neumünster und wird in der Sachbearbeitung sowie im Streifen-dienst eingesetzt.

Mit der Eröffnung der gemeinsamen Wache am Bahnhof Neumünster begann für Kristin und Wolfgang Koll ein neues Kapitel im dienstlichen Leben: „Wir freuen uns, gemeinsam als Landespolizistin und Bundespolizist Teil dieses Pilotprojektes in unserer Heimatstadt in Schleswig-Holstein zu sein, das zur Steigerung der öffentlichen Sicherheit beiträgt.“ ■

Text Torsten Tamm



Kristin und Wolfgang Koll





Sven hat seinen Traumberuf gefunden.

Wenn Kommunikation anders funktioniert

„Nicht wegrennen, sondern der Situation stellen“

Sven Langenberg ist Hausmeister in der Bundespolizeiinspektion Offenburg. Er meistert seinen Job auf eine ganz besondere Weise. Denn als Gehörloser beweist er, dass Kommunikation ohne viele Worte funktioniert. Wie sein Arbeitsalltag aussieht und welchen Herausforderungen er gegenübersteht, hat er kompakt gemeinsam mit einer Dolmetscherin erzählt.

Wenn in der Bundespolizeiinspektion Offenburg eine Tür klemmt, ein Einsatzfahrzeug gepflegt oder dessen Reifen gewechselt werden müssen, ist er zur Stelle. Seit über einem Jahr gehört Sven dem Bereich Polizeitechnik an. Mit viel Sorgfalt und Herzblut übt er seinen Beruf aus. Dass er gehörlos ist, beeinflusst seine Arbeit nicht – im Gegenteil: Es schafft völlig neue Wege der Zusammenarbeit.

Aufgewachsen in zwei Welten

Sven kam hörend auf die Welt. Als Zweijähriger erkrankte er an Mumps und verlor bei der anschließenden Operation unerwartet sein Gehör. „Ich war zuerst in einem Regelkindergarten und besuchte bis zur dritten Klasse eine Schule mit hörenden Kindern“, erzählt er. „Danach wechselte ich auf eine Gehörlosenschule und lernte die Gebärdensprache. Sie ist zu meiner Muttersprache geworden.“

Trotz seines Hörverlustes war Sven immer mittendrin: Schon als Kind spielte er im Fußballverein, später arbeitete er mit hörenden Kolleginnen und Kollegen zusammen. „Ich brauche diesen Austausch und möchte nicht nur unter Gehörlosen sein, sondern an der hörenden Welt teilhaben.“

Hausmeister, Helfer, Problemlöser

Zur Bundespolizei kam er über eine Stellenanzeige im Internet. Gesucht wurde ein Hausmeister für das neue Dienstgebäude in Offenburg. Das Vorstellungsgespräch bereitete Sven zunächst Sorgen: „Ich wollte schauen, wie die Kommunikation funktioniert und ob ich mich wohlfühle.“ Es klappte hervorragend und er bekam die Stelle. Zuvor arbeitete er 13 Jahre beim Landespolizeipräsidium in Frankfurt am Main. „Ich habe mir einen Wechsel gewünscht. Hier in Offenburg ist alles kleiner und familiärer.“

Die Arbeit macht mich glücklich und zufrieden. Sie ist immer abwechslungsreich – das ist mir wichtig. In der neuen Heimat bin ich privat sehr gut angekommen – und auch hier bei der Bundespolizei“, sagt Sven stolz.

Sein Job ist vielseitig: Transport von Möbeln, kleinere Schlossereiarbeiten, Reifenwechsel und anfallende Reparaturen zählen dazu. „Ich fahre auch zu den Kolleginnen und Kollegen an die Grenze raus, wenn etwas gebraucht oder repariert werden muss. Solche Fahrten machen mir viel Spaß.“ Auch das neue Dienstgebäude hält ihn auf Trab: Moderne Pelletheizung, komplizierte Schließmechanismen in den Gewahrsamszellen oder ein Wasserschaden. „Neu heißt nicht, dass nichts kaputtgeht“, sagt er lachend.

Ein Moment hat sich bei ihm besonders eingeprägt: Vor kurzem wurde

ein gehörloser, fremdsprachiger Mann in Gewahrsam genommen. Niemand wusste, wie man mit ihm kommunizieren sollte. Sven bot seine Unterstützung an. Er erklärte dem Betroffenen den Grund der Freiheitsentziehung, beruhigte die Situation und half bei der Verständigung. „Ich bin kein Dolmetscher, aber ich konnte mich mit ihm unterhalten.“ Denn Gebärdensprache ist weltweit verständlich.

Kommunikation gelingt gemeinsam

Sven ist sehr direkt in seiner Kommunikation. „Wenn Du mit mir sprichst, schau mich bitte an, dann kann ich dich besser verstehen.“ Eine einfache Bitte, die viel bewirkt und ihm das Lippenlesen erleichtert. Die Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen beschreibt er als vorbildlich. Ob kurzer Smalltalk auf dem Flur oder gemeinsames Lachen. Sven schätzt das Miteinander. „Wenn jemand bemerkt, dass ich etwas nicht verstanden habe, nimmt er sich die Zeit. Manche Informationen sind zu lang und dann hole ich mir das schriftlich ein.“

Zum Einstieg in seinen neuen Job stand ihm drei Wochen lang eine Dolmetscherin zur Seite. Sogar auf der Weihnachtsfeier war sie dabei – ein wichtiges Zeichen. „Ich konnte

mich im Kollegenkreis richtig vorstellen, Gespräche führen und erzählen. Das hat mir den Neustart sehr erleichtert.“ Später brauchte er keine Dolmetscherin mehr. Das Team kannte ihn und die Abläufe funktionierten. Missverständnisse? „Gar nicht so häufig, wie man denkt“, sagt Sven. Aber ein paar Geschichten gibt es doch. Und die sorgen im Team regelmäßig für Lacher.

Einmal sollte er beispielweise für eine Berufsinformationsmesse einen Pavillon zum Veranstaltungsort bringen. Der Auftrag schien klar: Er packte den Pavillon ein – allerdings einen alten weißen und nicht sehr repräsentativen. Vor Ort kam dann der „Aha-Moment“, den ihm aber glücklicherweise keiner übelnahm.

Offen und direkt

Sein Motto ist klar: „Nicht wegrennen, sondern sich den Situationen stellen. Offenheit und Kontaktfreude sind wichtig, sonst wird man isoliert.“ Das gelte für ihn und auch für alle anderen. Was viele überraschen mag: Seine Arbeit ist nicht trotz, sondern mit seiner Gehörlosigkeit möglich. „Einige Freunde glauben immer noch nicht, dass das geht. Aber ich bin ein ganz normaler Angestellter.“ Die Dienststelle unterstützt den Gehörlosen tatkräftig. Gerade entsteht die Idee eines Gebärdensprachkurses für interessierte Kolleginnen und Kollegen. Sven zeigt sich begeistert: „Ich freue mich, wenn sich jemand dafür interessiert.“ ■

Text **Sabrina Kehl**

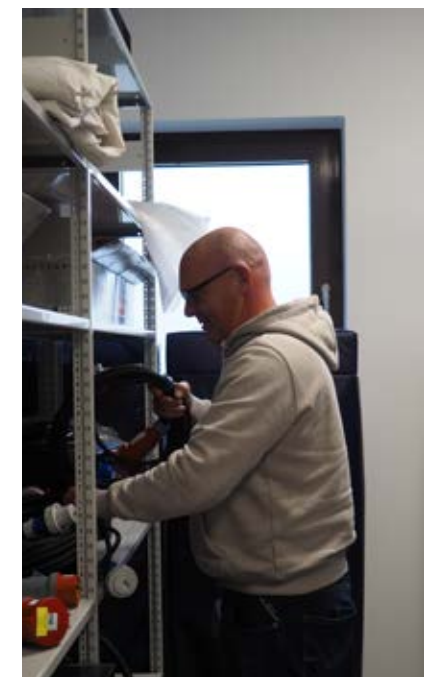


Auf den Punkt

Sven Langenberg beweist, dass Gehörlosigkeit kein Hindernis ist. Ob Reifenwechsel, Reparaturen oder Kommunikation im Team, er findet kreative Lösungen. Als Hausmeister in der Bundespolizeiinspektion Offenburg zeigt er, wie Offenheit, Tatkraft und viel Herzblut die Zusammenarbeit im Arbeitsalltag bereichern.



Sven im Interview mit der kompakt



Immer bereit anzupacken

Ein Tag als Dienstgruppenleiter

Hohe Verantwortung, vielfältige Aufgaben und Entscheidungen, die sich unmittelbar auf den Einsatz auswirken: kompakt begleitete Florian Schmidt, Dienstgruppenleiter (DGL) in der Bundespolizeiinspektion Offenburg, während einer Tagschicht und gibt Einblicke in eine der zentralen Führungsfunktionen im operativen Dienst.

5:30 Uhr, Dienstbeginn

Der Arbeitstag fängt für Florian früh an. Seit 2003 ist der 46-Jährige in Offenburg tätig – zunächst als Gruppenleiter, später als stellvertretender DGL. Seit 2006 leitet er eine Dienstgruppe – eine Funktion, die innerhalb der Bundespolizei eine zentrale Rolle einnimmt: taktischer Einsatzführer, Entscheider, Koordinator und Ansprechpartner für alle Belange, die den laufenden Dienst betreffen.

Die Schicht beginnt mit der Übergabe vom Nachtdienst: Zwei Personen befinden sich aktuell in Gewahrsam. Eine 44-jährige Frau muss wegen Diebstahls ins Gefängnis. Die Haftanstalt in Bühl hat jedoch keine freien Plätze. Eine Streife muss sie daher in die 200 Kilometer entfernte Justizvollzugsanstalt nach Schwäbisch Gmünd bringen.

Ein 43-jähriger Mann, der wegen gefährlicher Körperverletzung gesucht wurde, muss in eine Entziehungsanstalt nach Emmendingen überstellt werden. Für Florian bedeutet dies, seine Streifen umzuplanen. Hier zeigt sich auch die Kernaufgabe des Dienstgruppenleiters: rechtliche, organisatorische und einsatztaktische Entscheidungen treffen.

Offenburg ist kein gewöhnlicher Einsatzbereich: Neben den bahnpolizeilichen Aufgaben sind die Kolleginnen und Kollegen auch für die grenzpolizeiliche Aufgabenwahrnehmung im Grenzgebiet zu Frankreich sowie am Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden zuständig, der eine europäische Außengrenze darstellt. Damit fallen nahezu alle bundespolizeilichen Aufgaben an.

6:10 Uhr, Austausch mit den Gruppenleitern

Pünktlich startet die Telefonkonferenz mit den drei Gruppen-

leitern aus den Bundespolizeirevieren Offenburg, Kehl sowie Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden. Besprochen werden die aktuelle Lage, die Kräftestärke sowie die Einsatzschwerpunkte. Auch heute unterstützt die Mobile Kontroll- und Überwachungseinheit wieder bei den vorübergehend wieder eingeführten Grenzkontrollen, die seit Monaten fest eingeplant sind. Insgesamt 104 Kräfte sind Florian heute unterstellt. Er entscheidet über deren konkreten Einsatz und legt fest, welche Lagen er selbst vor Ort führen wird.

Als DGL ist er mehr als ein Koordinator. Er ist der taktische Einsatzführer, der je nach Einsatzlage die Kräfte umgliedern und neu ordnen kann. Durch seine Zusatzqualifikation als Multiplikator Grenzpolizeirecht kennt Florian die vielfältigen rechtlichen Möglichkeiten und kann sie gezielt einsetzen. Alle maßgeblichen rechtlichen Entscheidungen des Tages laufen über ihn: von Freiheitsentziehungen bis hin zu Rückführungen.

Julian (links) unterstützt Florian bei der Entscheidungsfindung, indem er vorab notwendige Informationen einholt.



Dienstgebäude der Bundespolizeiinspektion Offenburg



Florian Schmidt – seit 20 Jahren Dienstgruppenleiter in Offenburg

Ein nicht alltäglicher Sachverhalt fordert heute besonders seine Aufmerksamkeit: Ein Schleuser hat neben dem Einschleusen von Ausländern bei der Einreise auch eine erhebliche Menge Zigaretten eingeführt. Für den Verstoß gegen das Tabaksteuergesetz ist der Zoll zuständig. Hinzu kommen die strafrechtlich relevanten Vorwürfe aus dem Bereich der Schleusungskriminalität, für die die Bundespolizei zuständig ist. Um einen Strafklageverbrauch zu vermeiden, muss Florian sicherstellen, dass keine rechtskräftige gerichtliche Entscheidung wegen der Steuerstraftat und damit über denselben Sachverhalt ergeht. Deswegen versucht er vorab mit den Kolleginnen und Kollegen vom Zoll in Kontakt zu treten. Zwischendurch klingelt immer wieder das Telefon. Gruppenleiter stimmen ihr Vorgehen ab, holen rechtliche Bewertungen ein oder lassen sich Entscheidungen bestätigen.

Neben dem operativen Geschehen laufen zahlreiche organisatorische Aufgaben und Personalangelegenheiten über Florians Schreibtisch: Dienstplanung, Lehrgangsangelegenheiten, Personalführungsgespräche, Beurteilungen, E-Mail-Verkehr, Aktenkorrekturen und die Bearbeitung laufender Vorgänge. Florian ist in nahezu alle

wesentlichen Prozesse eingebunden – und behält trotzdem den Überblick.

10:55 Uhr, Besuch der nachgeordneten Dienststellen

Florian fährt ins Bundespolizeirevier Kehl, um mit den Kolleginnen und Kollegen offene Sachverhalte zu besprechen und Akten zur Qualitätssicherung mitzunehmen. Weiter geht es zum Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden. Die aktuelle Lage vor Ort wird bewertet: Wie viele Abflüge und Ankünfte stehen an – reichen hierfür die Kräfte aus? Es gibt technische Hürden an der Kontrollspur im Ausreiseterminal, eines der Geräte kann die Chips der Ausweisdokumente nicht auslesen. Auch hier trifft Florian die Entscheidungen zum weiteren Vorgehen: Der Bereich Informationstechnik wird verständigt, der sich um die Angelegenheit kümmert.

Als DGL verfügt Florian über die höchste Entscheidungsbefugnis unterhalb der Inspektionsleitung. Im Einsatz werden ihm daher auch Führungskräfte wie Hundertschaftsführer unterstellt – ein Maß an Verantwortung, das sich durch den gesamten Arbeitstag zieht.

18:00 Uhr, Dienstende

In dieser 12-Stunden-Schicht trifft

Florian insgesamt 18 grenzpolizeiliche Entscheidungen auf DGL-Ebene. Er wirkt zufrieden: „Du wirst immer wieder vor neue Herausforderungen gestellt. DGL zu sein, ist für mich die beste Tätigkeit, die ich mir bei der Bundespolizei vorstellen kann – vielfältig, abwechslungsreich und mit vielen Entscheidungsmöglichkeiten.“ Ein passendes Resümee nach diesem Tag in Offenburg. Der DGL ist das operative Herz – immer mittendrin, immer gefragt, immer entscheidend. ■

Text Karina Wellmann



Auf den Punkt

Florian Schmidt hat als Dienstgruppenleiter in der Bundespolizeiinspektion Offenburg mehrere Funktionen inne: Er ist Einsatzführer, Entscheider, Koordinator und Ansprechpartner für alle Belange, die den laufenden Dienst betreffen. kompakt begleitete ihn während einer 12-Stunden-Schicht.

Zeitreise in den Bundesgrenzschutz

Die vollmotorisierte Polizeitruppe

Heldenhaft steht er da mit seinem Geländewagen, der Grenzjäger, den Feldstecher vor dem Gesicht, und blickt konzentriert in die Ferne. So oder so ähnlich wird der Bundesgrenzschutz (BGS) in seiner Anfangszeit häufig dargestellt. Zur Erfüllung des Auftrags waren neben dem Personal auch die Einsatzmittel essenziell – allen voran die Kraftfahrzeuge. Zahlreiche Anordnungen aus den ersten Jahren der Behörde geben einen Einblick in die Motorisierung des frühen BGS.

Damals war es schon etwas Besonderes, einen Motorroller oder ein Motorrad zu besitzen. Der BGS hingegen warb mit moderner Ausrüstung – vor allem mit Automobilen. In der Bundesrepublik der 1950er und 1960er Jahre galt der motorisierte Individualverkehr weithin als Ideal und der eigene Pkw als hart erarbeitetes Statussymbol. Im BGS konnten junge Männer schon früh mit motorisierten „Kraftpaketen“ arbeiten.

Sicherheit trotz Mangel

Die ersten Angehörigen des BGS mussten 1951 genügsam sein. Statt im Hanomag-Mannschaftstransportwagen wurden sie häufig auch behelfsmäßig mit dem Lkw befördert. Und das so regelmäßig, dass das Bundesinnenministerium (BMI) am 4. August 1951 Regeln für solche Transporte anordnete. Diese bein-

halteten unter anderem: Nur bisher unfallfreie Fahrer mit mindestens dreijähriger Fahrpraxis durften einen solchen Lkw lenken. Die Sitzbänke mussten fest montiert sein und es durften keine Passagiere stehend befördert werden.

Helmpflicht

Aber auch über den dienstlichen Bereich hinaus gab es Vorgaben: Wer sich nicht schriftlich dazu verpflichtete, auf dem privaten Motorrad einen Sturzhelm zu tragen, wenn er mit dem BGS-Führerschein unterwegs war, musste seine Fahrerlaubnis nach Dienstschluss abgeben. Damals war der dienstliche Führerschein gleichrangig mit der zivilen Fahrerlaubnis und konnte bei Austritt aus der Behörde in eine solche umgeschrieben werden. Somit galt die Helmpflicht beim BGS schon seit November 1955 – in die Straßen-

verkehrsordnung wurde sie erst 1976 aufgenommen.

Sicherheitsgurte und Sonderurlaub

Im BGS wurden schon 1962 alle Pkw mit den damals neuartigen Dreipunkt-Sicherheitsgurten ausgestattet. Es gab Auszeichnungen, Preise und sogar Sonderurlaube für „bewährte Kraftfahrer“. Ab dem 1. Januar 1960 wurden Kraftfahrer der Behörde für 10 000 unfallfreie Kilometer mit zwei Tagen Sonderurlaub belohnt. Für jeweils 20 000 gefahrene Kilometer ohne Unfall kamen Sachpreise dazu. So sollten die Kraftfahrer zu „vorbildlichen Fahrleistungen“ angespornt werden.

Wo Rauch ist, ist auch Feuer

Die Verfügbarkeit der Dienstfahrzeuge sollte schon damals nicht ausgenutzt werden. Regelmäßige Fahrten zwischen Wohnung und Dienststelle mit diesen waren verboten. Der Bundesminister des Innern verwies im September 1956 – sicher aus gutem Grund – auf die einschlägige Dienstverordnung.

Kauf und Zulassung

Offensichtlich wurde der Aufwand, die Pkw zuzulassen, immer höher. Im März 1957 ordnete der Bundesinnenminister daher an, in der Beschaffungsstelle des BMI eine Zulassungsstelle einzurichten. Nun konnten Fahrzeuge beschafft und gleich selbst zugelassen werden. ■

Text **Stefan Guggemos**



Werbeplakat des Bundesgrenzschutzes in den 1950er Jahren

Leserbriefe

Liebes Redaktionsteam der Bundespolizei **kompakt**,

als langjähriger Angehöriger der Bundespolizei am Flughafen München (31 Jahre) muss ich Euch heute ein ganz dickes DANKE senden.

Danke für all die informativen und abwechslungsreichen Berichte – ich lese Eure Ausgaben seit Jahren mit viel Freude und Interesse. Aber besonders nach der Ausgabe 06 | 2025 ein riesiges DANKE dafür, dass Ihr das völlig unberechtigte und negative Image einer Dienststelle an einem Großflughafen widerlegt.

Ich selbst durfte in über drei Jahrzehnten so viel erleben und erlernen, bin vom Kontroll- und Streifenbeamten in der Dienstgruppe zum Ermittler geworden und nun als Sachbearbeiter im Führungsstab tätig. Und dabei musste ich nie die Dienststelle wechseln, meine Familie und ich konnten immer im gewohnten sozialen Umfeld bleiben.

Ja sicher, es gibt natürlich auch einige Schattenseiten – aber wo Schatten ist, da gibt es auch Licht. Denn besonders die wilden Zeiten, während der Auflösung von Standorten und Abteilungen, konnte ich an ei-

ner Schwerpunktdienststelle mehr oder weniger „aussitzen“.

Bitte bleibt weiter am Puls der Zeit und bildet unsere vielfältige Behörde weiterhin so offen ab.

Mit freundlichen Grüßen vom Flughafen München
Dirk Seebeck



Vielen Dank für den Hintergrundbericht Lost Place BGS-Abteilung Nabburg in der Bundespolizei **kompakt** 06 | 2025.

Ja, die BGS-Abteilung besteht so nicht mehr. In den Herzen der BGS-ler am Nabburger Standort aber ist sie unvergesslich. In den 1950er bis 1970er Jahren eingestellt, gelobten wir „der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“. Und gesungen wurde auch die zweite Strophe des abgedruckten Nabburg-Lieds: „Wir tragen in Ehren das graugrüne Kleid, bei Tag

und bei Nacht sind wir einsatzbereit. Dem Vaterland zu dienen steh'n wir in einer Reih', wir Jäger der deutschen Grenzschutzpolizei!“

Mit dieser Einstellung waren wir auch im August 1968 in unserem Grenzabschnitt von Prex bis Waidhaus – nach dem Einmarsch der Russen in die damalige Tschechoslowakische Sozialistische Republik – Tag und Nacht im Einsatz. Und nach der Reform des BGS-Gesetzes im Jahr 1973, wie im Bericht dargestellt, auch häufig in anderen unterschiedlichen Einsätzen.

1973 gründete sich dann die BGS-Kameradschaft Nabburg aus ehemaligen und noch aktiven „Buschisten“ – wie wir auch mitunter genannt wurden. Die bewusst beibehaltene Bezeichnung „Kamerad“ hat eine hohe emotionale Bedeutung, sie ist ein Ehrenbegriff und steht nicht im Widerspruch zum heute üblichen „Kollegen“, der in der modernen professionellen Polizeikultur verwendet wird.

Mit kameradschaftlichen Grüßen
Francis Oppenauer, Grenztruppjäger von 1967 bis 1969



Ausblick

Lesen Sie in der kommenden Ausgabe über die Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaften der Bundespolizei. **kompakt** gibt Einblicke in die Aus- und Fortbildung der Kolleginnen und Kollegen, beleuchtet die Geschichte der Einheiten und interviewt einen der Einheitsführer.

Dein Foto auf
der letzten Seite!

Zusendung an:
redaktion.kompakt@
polizei.bund.de

Medaillenspiegel der Athletinnen und Athleten der Bundespolizei

XXV. Olympischen Winterspiele 2026



Gold

Tobias Arlt	Rennrodeln Teamstaffel
Daniela Maier	Ski Cross Einzel (Damen)
Jörn Arian Wenzel	Viererbob (Herren)



Silber

Axel Jungk	Skeleton Mixed Team
Axel Jungk	Skeleton Einsitzer (Herren)
Francesco Friedrich	Zweierbob (Herren)
Alexander Schüller	Zweierbob (Herren)
Neele Schuten	Zweierbob (Damen)
Francesco Friedrich	Viererbob (Herren)
Alexander Schüller	Viererbob (Herren)



Bronze

Tobias Arlt	Rennrodeln Doppelsitzer (Herren)
Jacqueline Pfeifer	Skeleton Einsitzer (Damen)
Jacqueline Pfeifer	Skeleton Mixed Team

„Rodelkönig“

Rennrodler Tobias Arlt hat bei den XXV. Olympischen Winterspielen in Mailand und Cortina zusammen mit Tobias Wendl Bronze im Doppelsitzer und Gold mit der Teamstaffel gewonnen. Für den Bundespolizisten war es die 7. Olympische Goldmedaille. Er ist damit Deutschlands Rekord-Winterolympionike.

www.komm-zur-bundespolizei.de
www.bundespolizei.de

75 JAHRE
Sicherheit seit 1951



BUNDESPOLIZEI